

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preislifte für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepostete Kolonnet-
 telle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Berichts-
 und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Lectus Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Verlags- und Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 8. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Geheimnis des Falls Krosigk.

Unser Magdeburger Parteiblatt brachte die Mitteilung, daß der in Gumbinnen erschossene Rittmeister v. Krosigk in Magdeburg neun Monate Festung verbüßt hat. Jetzt ergänzt das „Berliner Tageblatt“ diese Nachricht durch eine Enthüllung, die, wenn sie sich bestätigt, zu dem Ungeheuerlichsten gehören würde, was jemals aus den Geheimnissen des Militarismus ans Licht gedrungen ist und was allerdings hinreichend erklären würde, warum das Gumbinner Kriegsgericht mit so ängstlicher Wache alles Persönliche über den ermordeten Rittmeister der Öffentlichkeit entzog.

Das „Berliner Tageblatt“ ist in die Lage gebracht, über die Gründe der Bestrafung des Rittmeisters das Folgende mitzuteilen: „Herr v. Krosigk war zu zwei Jahren Festung verurteilt worden, weil er im Jähzorn seinen Vorgesetzten erschlagen hatte. Der betreffende Vorgesetzte war der einzige Sohn von Bauerleuten, welche über den Verlust untröstlich gewesen sind. Nachdem Herr v. K. neun Monate von der über ihn verhängten Strafe verbüßt hatte, wurde ihm der Rest in Gnaden erlassen, jedoch unter Zurücksetzung im Avancement.“

Es fällt uns schwer, das Verantwortungsgesühl der Heeresleitung zu begreifen, die es über sich gerwinen sollte, einen Menschen, der so wenig Selbstbeherrschung besaß, daß er im Jähzorn seinen Untergebenen tötete, nach wenigen Monaten wieder an einen verantwortungsvollen Posten zu stellen. Der zum unbedingten Gehorsam verpflichtete Soldat ist wehrlos seinem Vorgesetzten anheim gegeben; die Disziplin kann in der Hand eines gewaltthätigen oder gar eines geistig unnormalen Offiziers zum furchtbaren Terrorismus werden. Die Macht des militärischen Vorgesetzten grenzt an Unmacht, die unbedingte Pflicht zum Gehorsam gleicht dem kerkerischen Kadaver-Gehorsam. Um so mehr, sollte man meinen, liegt der Heeresleitung die Aufgabe ob, in der Auswahl der Personen, die mit einem solchen Uebermaß von Macht besetzt werden, mit peinlichster Sorgfalt zu verfahren. Deshalb fällt es uns immer noch schwerer, zu glauben, daß jemand, der in der Kaiserl. Leibgarde verübt, alsbald wieder für würdig und tauglich befunden worden sein sollte, Soldaten zu kommandieren. Da erschiene es denn wirklich wie die unentbehrliche Wirkung der unverständlichen Unterlassung, daß ein Opfer des unzurechnungsfähigen Offiziers in seiner Not schließlich Lynchjustiz übte. Es giebt kein schlimmeres Attentat gegen die Disziplin als die Uebertragung der Disziplinargewalt an eine Person, die sich selbst nicht zu disciplinieren weiß.

Freilich, man wird das minder außergewöhnlich finden, wenn man sich erinnert, in welcher Weise selbst im Reichstag die Vertreter des Militärressorts bei Beschwerden und Anklagen, die aus dem Hause heraus erhoben werden, zu verfahren pflegen.

Es ist daher nicht darauf hingewiesen worden, daß der Fall Krosigk in diesem Jahre auch den Reichstag beschäftigt hat. Am 27. Februar d. J. brachte unser Genosse Kunert die Angelegenheit zur Sprache. Er führte — nach dem Stenogramm — aus:

„Der Mann fand ein fürchterliches, jähes Ende. Das erklärt sich aber daraus, daß Krosigk ein Soldatenkinder ersten Ranges war. Den Wachmeister Martens, der vom Erlaubnisurlaub zurückkehrte, zwang er 1897 so lange „lehrt“ zu machen, bis Martens umfiel und in das Garnisonlazarett getragen werden mußte. Krosigk war so grausam, daß seine Vorgesetzten schließlich ein Einsehen hatten und ihm das Straf- und 1898 entzogen. Er hielt u. a. zur Feier der Sonntagstrafe 1898 einen Pferde-Applaus ab, von morgens bis abends ohne jede Unterbrechung; es geschah dies in der Altensteiner Gegend. Die Landbevölkerung war empört und zeigte den Sabbatständer an. Daß die Folge eines solchen Auftretens nur Doh- und Nachgedanken bei den Mannschaften waren, die sich schließlich zur That verdrängten, das ist am Ende begreiflich.“

Wie aber verhielt sich der Vertreter der Militärbehörde auf diese Anklage? Mochte er auch nur einen Versuch, die behaupteten Thatfachen zu bestreiten? Oder deutete er wenigstens entschuldigend an, daß Krosigk, dessen Gehirn man wegen des Verdachts geistiger Störung feiert hatte, augenscheinlich nicht normal gewesen sei? Das wäre doch das Mindeste und Selbstverständlichste gewesen; denn so viel Selbstüberwindung und Offenheit beanpruchten wir nicht einmal, daß der Vertreter der Militärverwaltung wahrheitsgemäß bekann hätte, wie man bedauerlicherweise es unterlassen, den gemeingefährlichen Offizier aus dem Dienst zu entlassen.

Herr Generalleutnant v. Viebahn, Departementsdirektor im Kriegsministerium, dessen Akten doch gewiß ausgehägten Bescheid über den Charakter dieses höheren Stellvertreters Gottes geben, wählte ein anderes Auskunftsmittel, als man in der zivilisierten Welt vermuthlich anwenden würde. Er bestieg den Klepper der regierungsbilligen Entrüstung und erklärte:

„Der Herr Vorredner hat bei der Erwähnung von einzelnen Fällen unter andern des tolgelassenen Rittmeisters v. Krosigk gedacht und diesen mit dem Namen „Leinwandhändler“ belegt. Ich muß gegen diese Art und Weise Einspruch erheben und überlasse es dem Urteil des hohen Hauses, wie es darüber denkt, daß man einem auf alle Fälle pflichttreuen, langgedienten Offizier, welcher durch solchen Unfallsfall um Leben gekommen ist, noch über das Grab hinaus eine derartige Beschuldigung vor dem hohen Hause und dem ganzen Lande nachruft.“

Die überlappende Huldigung für Krosigk wies dann Kunert in der Sitzung vom 20. März in aller Schärfe zurück, indem er erklärte:

„Eine Kennerung des Generals war auch so auffallend, daß man sie nicht unwillkürlich ins Reich hinausgehen lassen darf.“

Er hat nämlich vom verstorbenen Rittmeister v. Krosigk geäußert, daß dieser Offizier ein auf alle Fälle pflichtgetreuer Offizier gewesen sei, den er vor Verleumdungen usw. schützen müsse. Wenn derartige Kennerungen von dieser Stelle aus fallen, dann ist das sehr bedenklich. Gegenüber einem Offizier, der ältere, ausgediente Soldaten so mißhandelt hat, daß sie bewußlos zusammenbrachen und ins Garnison-Lazarett geschafft werden mußten, der durch unsinnige Appelle die Mannschaften quälte, der den Sabbath geschändet hat und deshalb von der Bevölkerung angezigt worden ist, dem wegen Mißhandlung von Mannschaften das Strafbuch von seinen Vorgesetzten entzogen werden mußte, der schließlich auch wegen seiner dienstlichen Uebergriffe und Verfehlungen Festungshaft erlitten hat — kurz, gegenüber einem Krosigk ist die Verzeihung, „ein auf alle Fälle pflichtgetreuer Offizier“ mehr als gewagt. Ja, man kann sagen, daß Krosigk sich der einfachsten Pflichten als Offizier nicht bewußt gewesen ist. Und darüber, Herr General, hilft keine Sentimentalität hinweg. Ein solches Zeugnis für Krosigk, wie das von dem General v. Viebahn, muß ja unter Umständen wirken wie eine Prämie auf weitere Mißhandlungen.“

Inzwischen aber scheint auch der Generalleutnant Viebahn sich klar darüber geworden zu sein, daß jener Vorgesetzter wenig zweckmäßig, und in seiner Erwiderung beschränkte er sich auf die kleinlauten Bemerkung: „Der Sinn meiner Erklärung in der letzten Sitzung war der: Laßt die Toten ruhen.“

Was veranlaßte den Vertreter der Militärbehörde, in der von ihm beliebten Weise den Rittmeister v. Krosigk in Schutz zu nehmen und seine Verlegenheit in einem gänzlich unberechtigten Angriff gegen einen Abgeordneten zu verbergen? Der Grund muß wohl derselbe sein, aus dem der Rittmeister trotz seiner Verfehlung im Dienste belassen wurde, und schließlich auch der gleiche, der das Gumbinner Kriegsgericht zu seiner allgemeinen verurteilten Einschränkung der Öffentlichkeit veranlaßte. Da wir den Grund nicht kennen, so wird die Militärverwaltung, um schlimmsten Blutmachungen vorzubeugen, ihn nennen müssen. Richtigens wird der Kriegsminister im Reichstage genötigt werden, sich über die Angelegenheit zu äußern.

Ueber das Wesen des Ermordeten laufen auch sonst in der Presse die unglaublichsten Erzählungen um. So teilt das „Kleine Journal“ einen Vorfall mit, der sich in einer der früheren Garnisonen Krosigks zutragen hat. In der damals von ihm befehligten Schwadron diente ein alter Wachmeister, der den Feldzug gegen Frankreich mitgemacht hatte und dessen Brust das eiserne Kreuz schmückte. Eines Tags hatte der Wachmeister Herrn v. Krosigk in dessen Wohnung eine Meldung zu machen. Bei dieser Gelegenheit entfiel Herrn v. Krosigk ein Pfeiffliß. Der Wachmeister bückte sich, um ihn aufzuheben. Diese Bewegung erwich dem Offizier jedoch weder schnell noch energisch genug; Herr v. Krosigk nahm den Pfeiffliß, warf ihn weg und befahl dem Wachmeister, ihn aufzuheben. Dies wiederholte er im ganzen dreißigmal!

Es geht aus allen diesen nachträglich berichteten Einzelheiten hervor, daß es ein öffentliches Geheimnis war, in welcher Weise Krosigk seine Stellung mißbrauchte. Schon diese Besonderheiten hätten genügen müssen, um die Heeresverwaltung zu nötigen, dem Exzedenten weitere Caudereien seiner Untergebenen unmöglich zu machen. Bewahrheitet sich nun gar, daß Krosigk in der That sich eines Totschlags schuldig gemacht hat und trotzdem so lange im Dienste bleiben konnte, bis ihn eine höhere Gewalt seinem verhängnisvollen Weilen entriß, dann handelt es sich um eine Angelegenheit, über deren Ernst und weittragende Folgen sich die Heeresverwaltung keinen Illusionen hingeben sollte.

Die Öffentlichkeit heischt volle Aufklärung!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. Juni.

Die „Gewerksmäßigkeit“ der Arbeitersekretariate.

Das gestern von uns mitgeteilte und besprochene Urteil des Breslauer Oberlandesgerichts über die Anzeigepflicht und „Gewerksmäßigkeit“ des Deutscher Arbeitersekretariats steht im schärfsten Widerspruch zu den bei Erlass der Gewerbe-Ordnungs-Novelle seitens der Regierung abgegebenen Erklärungen. Die Kommission des Reichstages hatte die in § 35 der Gewerbe-Ordnung aufgestellte Anzeigepflicht und die behördliche Befugnis, einen Gewerbebetrieb zu untersagen, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit der Gewerbetreibenden in Bezug auf den Gewerbebetrieb darthun, auch auf die gewerksmäßige Ausstellung von Ermittlungen oder Erhebungen für andere“ ausdehnen wollen. Die socialdemokratische Fraktion beantragte Streichung dieses Zusatzes. Der Abgeordnete Webel begründete diesen Antrag damit, daß möglicherweise diese Worte dahin mißdeutet werden könnten, daß auch die Thätigkeit von Arbeitersekretariaten oder Zeitungredaktionen unter diesen Paragraphen fielen. Graf von Posadowsky entgegnete als Staatssekretär des Innern: „Selbstverständlich könnten solche Auskünfte nur unter die Vorchrift des § 35 fallen, wenn sie gewerksmäßig betrieben werden.“ Webel gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er meinte, unter „gewerksmäßig“ Ausübung würde möglicherweise dann auch die Thätigkeit des Arbeitersekretärs verstanden werden, weil dieser regelmäßig Auskunft erteilt. Graf von Posadowsky hob dem gegenüber hervor, daß zwischen „gewerksmäßig“ und „geschäftsmäßig“ zu unterscheiden sei, und führte dann aus:

„Die Gewerksmäßigkeit legt die Absicht voraus, damit einen Gewinn zu erzielen und auch für den einzelnen Fall entlohnt zu werden. Nur diesen Fall wollen wir treffen. Wenn aber jemand gewerksmäßig und humanitären und socialpolitischen

Gründen solche Auskunft erteilt, fällt er nicht unter die Bestimmung der Gewerbe-Ordnung. Diese Auskunft ist, glaube ich, ebenso präzis wie klar, so daß Herr v. Webel beruhigt sein kann.“

Der Abg. Dr. Hise meinte, durch diese Erklärung sei jeder Zweifel beseitigt, ein Volksschauspieler z. B., das einen Beamten anstellt, sei kein gewerksmäßiges, sondern ein gemeinnütziges. Der Abg. Webel blieb — und, wie das Breslauer Erkenntnis zeigt, mit Recht — bei seinem Zweifel. Zwischen zweiter und dritter Lesung wurde dann vereinbart, die bemängelten Worte zu streichen und durch die jetzt im Gesetz enthaltenen Worte „gewerksmäßige Auskunftserteilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten“ zu ersetzen.

Und dennoch hat das Deutscher Landgericht und das Breslauer Ober-Landesgericht nunmehr den § 35 gegen Arbeitersekretariate angewendet. Hierzu ist das Gericht durch die Annahme gelangt, eine Gewerksmäßigkeit liege vor, da der Arbeitersekretär den Auftrag habe, die Rechtsgeschäfte als zahlende Mitglieder der Mannschaften zuzuführen und diesen durch die Eintrittsgelder und Mitgliedsbeiträge dauernde Einnahmen zu verschaffen. Diese Annahme ist in thatsächlicher Hinsicht hinlänglich, denn der Arbeitersekretär hat solchen Auftrag sicher nicht in seiner Eigenschaft als Arbeitersekretär. Vor allem ist sie aber rechtlich völlig unhaltbar, weil sie auf einer völligen Mißdeutung des Begriffs Gewerksmäßigkeit und auf einer Durcheinanderwerdung des Arbeitersekretärs, der Gewerkschaft, der Gewerkschaftsleitung und der Gewerkschaftsleistung beruht, wie sie nur durch völlige Unkenntnis über Wesen und Inhalt dieser Institutionen erklärlich ist. —

Die Zollfrage. An der Spitze der „Nordb. Allgem. Ztg.“ ist heute folgende überaus aufklärende Meldung zu lesen:

„Die bereits herbeigehobene wurde, haben sich die Teilnehmer an der gestern geschlossenen Zollkonferenz über Gang und Inhalt der Verhandlungen absolutes Stillschweigen auferlegt. Schon hieraus folgt, daß die in verschiedenen Blättern verbreiteten Nachrichten über einzelne Ergebnisse der Konferenz lediglich auf willkürlichen Kombinationen beruhen.“

Es bleibt dabei: der Reichszolltarif verheimlicht der Öffentlichkeit seine Ansicht über die Grundlage, die dem Zolltarifgesetz gegeben werden soll, oder aber — der Reichszolltarif hat noch immer überhaupt keine Ansicht über diese wichtigste Frage der gegenwärtigen deutschen Politik.

Etwas weniger geheimnisreich ist eine andre Erklärung des Regierungsgorgans, die besagt:

Die verschiedenen in der Presse umlaufenden Gerüchte über die Wiederbesetzung des Oberpräsidiums in Königsberg werden uns als falsch bezeichnet.“

Das heißt: Graf Posadowsky, der eifrige Förderer der agrarischen Wünsche, folgt Herrn v. Miquel im Ende der Minister-schaft noch nicht.

Diese Meldung wird die Agrarier wieder ein wenig beruhigen, denen — trotz aller ihrer Gegenversicherungen — die Ankündigung von der Aufgabe des Doppelzolls gehörig in die Glieder gegangen ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist seltsam still zu dieser Ankündigung, während bisher der Doppelzoll das A und O ihrer Forderungen war; sie sagt nur:

„Wir halten uns an die feierlichen Versprechungen des Reichszollers, der sich durch dieselben verantwortlich dafür gemacht hat, daß er alle Mittel und Wege anwenden werde, um der Landwirtschaft einen ausreichenden und gesicherten Zollschutz zu verschaffen. Die Erhöhung des Zollschutzes für die Landwirtschaft ist eine so absolute Notwendigkeit, daß kein deutscher Staatsmann in leitender Stellung sie ablehnen kann, und wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn in einzelnen Regierungen die Neigung vorhanden sein sollte, diesen Schutz in unzulänglichem Maße zu gewähren, der Reichstag mit aller Energie darauf bestehen wird, daß ohne eine vollständige Befriedigung der berechtigten Forderungen der gesamten deutschen Landwirtschaft keine Handelsverträge zu Stande kommen können. Um dem Reichstage die dazu erforderliche Unterstützung zu gewähren, ist es dringend notwendig, daß die deutsche Landwirtschaft erneut allenthalben ihre Stimme erhebt.“

Aber vor zwei Tagen erst erklärte Dr. Hahn, Direktor des Bundes der Landwirte, auf dem Bändlertage in Köln nach dem Bericht der „Köln. Ztg.“:

„Ein Minimalzoll muß geschicklich festgelegt werden, um uns den Inlandmarkt zu sichern, und zwar zum Satz von 7,50 Mk., wie er wissenschaftlich berechnet worden ist. Daneben brauchen wir einen Maximalzoll, um Kompensationsobjekte zu haben. Es liegt nur an unserer Diplomatie, mit dem Maximalzoll günstige Bedingungen für unsere Exportindustrie zu erreichen. Das Ausland hat größere Interessen an guten Vertragsbeziehungen mit uns als wir mit dem Ausland. Mit einem „wesentlich gesteigerten Schutzzoll“ kommen wir nicht weiter. Eine hochgestellte Persönlichkeit machte mir jüngst die Bemerkung: „Jetzt werden Sie mich attackieren, weil ich die Forderung des Bundes nicht bewilligen kann. Sie schlagen ja auch auf wie beim Pferdehandel“. Ich sagte zu meinem Gönner: Wir halten uns streng und strikte an wissenschaftliche Darlegungen.“

Das Wort der „hochgestellten Persönlichkeit“ kann allerdings die Gemüthsruhe erklären, in der die Agrarier die Meldung aufnehmen, daß es mit dem geschicklichen Minimalzoll nicht sein solle. Wie beim Pferdehandel haben die Herren gewaltig aufgeschlagen und sie können noch immer heidenhoch sein mit dem, was die Regierungen und der Reichszolltarif bereit sind, ihnen auf Vollen Loften zuzuschlagen. —

Nur Höflichkeit. Bei dem Festmahl des Feuerwehrtages brachte der Vertreter des amtlichen Frankreich, Herr Guesnet, im Auftrage des Präsidenten der französischen Republik das Wohl des deutschen Kaisers, der Kaiserin und der kaiserlichen Prinzen aus.

Zu gleicher Zeit hielt in Paris beim Jahresbankett der italienischen Handelskammer der italienische Votivkoffer eine Rede, in welcher er die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Italien fest-

stellte. Hierauf erinnerte der Handelsminister Millerand an die Beteiligung Italiens an der Ausstellung im Jahre 1900 und hob dann hervor, die Ehren, welche Frankreich dem unsterblichen Verdi erwies, die Teilnahme Frankreichs an der Trauer bei dem Tode des Königs Humbert und an der Krone bei der Geburt der Prinzessin Yolanda, sowie die Feste in Toulon hätten den Beweis für die nunmehr dauernde Freundschaft zwischen den beiden Völkern geliefert. Nach den Reden wurden die italienische Hymne und die Marseillaise gespielt, sowie Dochüsse auf Italien und den König angebracht.

Während Millerand derart alle höflichen Unbedeutendheiten pflegte, würde die Mitteilung des Londoner „Daily Chronicle“, wenn sie sich — was allerdings unwahrscheinlich — bestätigt, nicht gänzlich gleichgültig anzusehen sein. Das Londoner Blatt will wissen, daß der französische Botschafter Marquis de Noailles aus Berlin abgerufen und durch Léon Bourgeois, den bekannten radikalen Politiker, ersetzt werden soll. Das würde in Berlin kaum allzusehr gefallen und wäre wohl als ein Zeichen anzusehen, daß Koalitionen und Austausch persönlicher Lebensverhältnisse seinen Einfluß auf die wirklichen Beziehungen der Staaten haben.

Die China-Denkünze.

Eine kaiserliche Urkunde, betreffend die Stiftung der Denkünze für die Teilnehmer an der China-Expedition, wird im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Die Denkünze wird in Bronze und Stahl verfertigt. Der „Reichs-Anzeiger“ zählt die einzelnen Kategorien auf, denen die Denkünze zufließen soll. Weiter folgt die Umschrift:

„Die Denkünze zeigt auf der Vorderseite einen Adler, der einen Drachen unter seinen Fängen hält. Auf der Rückseite des Kaisers Namenszug, darüber die Kaiserkrone, und bei der Denkünze aus Bronze die Inschrift: „Den Siegreichen Streikern 1900 China 1901“, bei derjenigen aus Stahl: „Verdienst um die Expedition nach China.“

Die Denkünze wird auf der linken Brust an einem orangefarbenen, 36 Millimeter breiten, weißgeränderten, mit roten und schwarzen Streifen durchzogenen Bande getragen und rangiert an der Ordensschnalle unmittelbar hinter der Kriegedenkünze von 1864.

Es herrscht Uebereinstimmung, daß die China-Expedition allem ähnlicher war, als einem siegreich geführten Kriege. Und viele meinen, daß der deutsche Adler und seine „Siegreichen Streiker“ an dieser Expedition schwereren Schaden genommen haben als der chinesische Drache.

Waldersee muß ins Bad!

Der Weltmarschall wird die aus China mitgebrachten Lorbeeren zunächst in einem deutschen Badeort als Rubelbager ausbreiten, und zwar soll es Homburg vergönnt sein, den Bogensieger mit seinen Wässern zu erquiden und vom Plute zu reinigen. Graf Waldersee hat es offenbar eilig mit der Rückkehr. Er will weder in Amerika noch in Ostafrika rasten, sondern in Shanghai und Wien ohne weiteren Aufenthalt heimkehren. Seiner Frau hat er telegraphiert: „Auf Wiedersehen Ende Juli!“

Waldersee-Waschzettel. Der Ruhm des Grafen Waldersee ist ganz planmäßig organisiert worden. Man hat, bevor er überhaupt abreiste, für ihn die Werbetrümmer gerührt, wie für ein noch uneröffnetes Warenhaus. Man hat den Photographen und Kinetographen aufgeboten und Wolff telegraphierte im August v. J., daß man eine solche Begeisterung und solche Triumphe seit 1870/71 nicht erlebt hätte.

Aber auch in China hat man es sich angelegen sein lassen, mit Hilfe der Zeitungs-Korrespondenten die Großthaten Waldersees weithin zu preisen. Ja, man hat es den Zeitungsvertretern geradezu in die Feder diktiert, welche Meinung sie nach Europa zu fabeln und zu schreiben hätten. Merkwürdigerweise hat mit einer Ausnahme keiner der in China versammelten Zeitungs-Schreiber die Zumutung zurückgewiesen, sondern alles war auf Befehl einig, dem großen alten Soldaten Wunderdinge nachzurufen. Nur der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ läßt in die auf der Höhe der Reklametechnik stehende deutsch-chinesische Lorbeerfabrik einen netten Einblick thun. Er erzählt nämlich:

„Nur eins hat mich peinlich berührt, das war die Thatsache, daß man den Journalisten ein von seiten des Oberkommandos selbst verfaßtes Schriftstück zur Kenntnisnahme vorlegte, in welchem die Verdienste des Oberkommandierenden um die Organisation des Heeres, den Fortschritt der Arbeiten für die Verpflegung und die Verschmelzung der Truppen der verschiedenen Nationen etwas breit geschildert wurden. Wenn auch Waldersees Namen nicht unter diesem Schriftstück stand, welches quasi eine Entschuldigung für die scheinbare Unthätigkeit des Oberkommandos während der ersten Wochen in Tientsin sein konnte, so ist doch mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß der Oberkommandierende von jedem Schriftstück, welches das Oberkommando veröffentlichte, Kenntnis haben mußte. Meiner Ansicht nach sollte man es den Journalisten überlassen, sich selbst ein Urteil zu bilden und nicht versuchen, ihr Urteil zu beeinflussen. Man war ferner in China allgemein der Ansicht, daß es, wenn man ein militärisches Preshureau überhaupt für notwendig hielt, vielleicht angebracht gewesen wäre, die Leitung dieses Bureaus nicht in die Hände eines Verwandten des Grafen Waldersee zu legen. Ich will nicht behaupten, daß Herr v. Rauch, der Chef des Oberkommandierenden, der den Auftrag hatte, den Preshertoren die für die Veröffentlichung geeigneten erachteten Nachrichten zu übermitteln, sich etwa dazu verhalten ließ, seinen hochverehrten Onkel über Gebühr hochzuschätzen, aber die Welt hält nun einmal Verwandtschaften in solchen Verhältnissen nicht für richtig und man thut deshalb gut daran, auch den Schein zu meiden.“

Dieser Informationsdienst des Grafen Waldersee — eine Art umgekehrter Requisition — ist sicherlich einer der reizvollsten Einzelzüge in der erhabenen Probeleistung der weltpolitischen Kera. Alles geschieht im Habsicht, und man kommt die Aktionen des Generalstabs nicht anders wie Varianden aus.

Zum Nachfolger Krätzes, des jetzigen Staatssekretärs im Reichspostamt, ist Oberpostrat Giesecke zum Direktor der ersten Abteilung des Reichspostamts ernannt worden.

Der alte Ehrliche Arendt. Daß unser Genosse Bebel sich hinsichtlich des Luder-Briefes täuschen ließ, rügte niemand so eifrig wie der Freund und Verteidiger des Karl Peters, Herr Arendt. Jetzt hat sich nun Herr Arendt selber eines groben parlamentarischen Irrtums schuldig gemacht, nur daß er nicht so ehrlich ist, ihn unumwunden einzugestehen. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt darüber:

Der freikonservative Wortführer Dr. Otto Arendt hatte sich jüngst im Reichstage wieder einmal gründlich die Finger verbrannt. Wie aus einer von ihm jetzt veröffentlichten, allerdings recht gewundenen und schauerhaft stilisierten Erklärung hervorgeht, die er auf Wunsch der Witwe des verstorbenen Kolonialdirektors Dr. Kaiser abzugeben sich genötigt sieht, hat er in der Reichstags-Sitzung vom 20. März d. J. einen Angriff gegen den verstorbenen Dr. Kaiser gerichtet, dem jede Berechtigung fehle. Bei einer Besprechung des jetzt endgültig aus der Welt geräumten berühmten Luder-Briefes teilte Dr. Arendt als eine angebliche Neuigkeit mit, daß Bischof Luder im Jahre 1895 in Berlin gewesen und mit dem Kolonialdirektor Kaiser zusammengekommen sei, und daß der damalige Kolonialdirektor die Verpflichtung gehabt habe, bei jenen Verhandlungen im Jahre 1896 im Reichstage darauf hinzuweisen, daß er den Bischof Luder keine und daß dieser ihm von den Dingen nichts mitgeteilt habe. Dr. Arendt fügte wörtlich hinzu: „Ich glaube, das würde bei der damaligen Lage der Dinge einen außerordentlichen Eindruck hier gemacht haben. Ich behaupte, daß das unterblieben ist.“ Wie sehr dieser Vorwurf ungerechtfertigt war, ergibt

sich aus dem Wortlaut der Reichstags-Verhandlung vom 13. März 1896, die Dr. Arendt vor seiner Reichstagsrede doch unter allen Umständen hätte einsehen müssen, und in der Dr. Kaiser damals auf den Angriff des Abgeordneten Bebel in Bezug auf den Luder-Brief wörtlich folgendes gesagt hat: „Was nun den Brief der Missionsgesellschaft betrifft, so haben wir davon bisher noch keine Kenntnis gehabt. Ich wundere mich sogar darüber, weil der Bischof Luder vor zwei Jahren hier in Berlin gewesen ist und ich mit ihm zusammengekommen bin.“ Mit diesen Worten aus dem Jahre 1896 ist der jüngste Angriff des Dr. Arendt gegen den Dr. Kaiser vollständig widerlegt. Wir können nur unser Bedauern darüber aussprechen, daß Dr. Arendt seinen Widerruf in so gewundener Form erlassen hat, statt kurz und unabweisend sein Unrecht einzugestehen. In der Hinsicht hätte er sich grade seinen alten Gegner Bebel zum Muster nehmen sollen, der loyal und ehrlich genug gewesen ist, von der Reichstribüne aus öffentlich zu erklären, daß er mit dem Luderbrief heringefallen sei und daß auch er jetzt die Ueberzeugung habe, daß der Luderbrief nicht existiere.

Scharfmachers Einsicht. Unlängst hat „ein Offizier“ über „die Socialdemokratie im Heere“ seine Betrachtungen der Welt veröffentlicht. Ihm verursachte das Wachstum der Socialdemokratie Sorge und er forderte, daß die Herren Offiziere es übernahmen, die Soldaten über die Socialdemokratie aufzuklären. Wir haben damals darauf hingewiesen, daß man mit solcher Aufklärungsarbeit nur das Gegenteil von dem erreichen würde, was man beabsichtigte.

Jetzt wird unsere Meinung von den gewiß unverdächtigen „Berliner Neuesten Nachrichten“ bestätigt. Ein mit „B.“ gezeichneter Artikel schilt auf die „reformfeindlichen Weltverbesserer“, die nicht „selten geradezu gemeingefährlich“ würden, und widerrät dringend dem Experiment, die Rekruten politisch aufzuklären:

„Ob der Hauptmann mit seinem politischen Vortrage die seiner Obhut anvertrauten Leute wohl überzeugen würde, falls sie ihn überhaupt verstanden? Wir vermuten, daß sie im letzteren Fall, zum Gräbeln angeregt, um so eher in das Reich ihrer socialistisch angehauchten Kameraden gehen würden.“

Ganz unsre Meinung! Die Ueberzeugungskraft der socialistischen Lehre ist so stark, daß sie selbst in der Darstellung eines preussischen Hauptmanns und bei bisher unwillkürlichen Menschen ihre Handwirkung thut. Wer vom Socialismus einmal hört, verfällt ihm, sofern er zur Klasse der Unterdrückten zählt.

Lübeck, 7. Juni. Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde heute hier von dem Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg eröffnet. Es sind Delegierte aus allen Teilen Deutschlands sowie auch aus dem Auslande erschienen. Bisher ist Bemerkenswertes nicht gesprochen worden. Ein Antrag der Abteilung Nordhannover auf Einführung der Marktwährung in den Kolonien wurde abgelehnt. Ein Antrag der Abteilung Stettin, die Reichsregierung um den Ausbau der Häfen von Dar-es-Salaam und Tanga zu ersuchen, wurde mit großer Majorität angenommen.

Ueber einen interessanten Rechtsstreit wird aus Offenbach vom 5. Juni berichtet: Vor dem hiesigen Amtsgericht kam gestern der Rechtsstreit zwischen der national-liberalen „Offenbacher Zeitung“ und der Stadt zur Verhandlung. Laut Vertrag vom 1862 hatte das Blatt den unentgeltlichen Abdruck sämtlicher amtlichen Bekanntmachungen der Bürgermeisterei übernommen. Die Bürgermeisterei hatte — jedoch ohne Zustimmung der Stadtverordneten — sich verpflichtet, ausschließlich diesem Blatt die Bekanntmachungen zugehen zu lassen und ihm außerdem sämtliche städtische Drucksachen zu überweisen. Aber die Stadtverordneten, die in der Mehrheit Socialdemokraten sind, hatten den Oberbürgermeister ersucht, diesen Vertrag zu kündigen und die Bekanntmachungen auch dem socialdemokratischen „Offenbacher Abendblatt“ zum unentgeltlichen Abdruck zugehen zu lassen. In beider Hinsicht weigerte der Oberbürgermeister sich, den Stadtverordneten-Beschluß auszuführen, und auch die „Offenbacher Zeitung“ erachtete ihr finanzielles Interesse bedroht. Daraufhin hat die Stadtverordneten-Versammlung nur den Betrag von 200 M. für Bekanntmachungen in den Etat eingestellt gegen 1500 M., wie der Oberbürgermeister beantragt hatte. Im Hinblick auf den Vertrag von 1862 und den reduzierten Betrag war der Beigeordnete Wälther nicht in der Lage, Rechnungen, die die Zeitung für Bekanntmachungen präsentierte, zur Auszahlung anzuweisen, und die Stadtverordneten überließen der Zeitung den Klageweg. Im Termin ereignete sich das Wunderbare, daß der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt nicht den Standpunkt der Stadtverordneten-Versammlung, sondern den der Klägerin vertretet, indem er behauptete, die hier in Betracht kommenden Bekanntmachungen seien als angeblich wirtschaftlicher Natur infolge stillschweigender Vereinbarung zu bezahlen. Allerdings habe die Zeitung auch nicht gemäß dem Vertrag alle Drucksachen erhalten, zu deren Lieferung sie auch gar nicht in der Lage ist. Der Ausgang der Sache dürfte infolgedessen von allgemeinem Interesse sein, als unres. Wissens in Hessen die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte in Widerspruch zu der des obersten Verwaltungsgerichts hofes steht. Das Landgericht Darmstadt entschied in ähnlicher Sache, daß der Bürgermeister nicht befugt sei, (onerose), d. h. die Stadt belastende Verträge von einer über das Budgetjahr hinaus gehenden Dauer mit verpflichtender Wirkung für die Gemeinde abzuschließen, ohne formgerechte Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, selbst wo es sich um in den Etat eingestellte Verträge handelte. In der gleichen Sache hat jedoch der Verwaltungs-Gerichtshof entschieden, daß der Bürgermeister in solchem Fall nicht wegen Amtsüberschreitung persönlich haftbar gemacht werden könne, da er allerdings nach den Grundsätzen des Staatsrechts befugt sei, ohne jene Zustimmung solche (onerose) Verträge abzuschließen. Die Entscheidung wird erst am 25. Juni verkündet.

Militärprozesse.

„Nur im Interesse der Schwadron.“ Mit einer Soldatenmihandlung in größerem Umfange hatte sich das Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 zu Dessau zu beschäftigen. Angeklagt waren die Gestrerten Hermann Alfred Schubert, Alfred Arthur Genze, Theodor Alexander Müller und drei Gardisten der 4. Eschadron des Garderegiments wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung (Schäften), begangen an Rekruten. Als Zeugen waren zehn mihandelte Soldaten geladen, ein erster liegt noch im Lazarett krank niederb. Der Ankläger der Mihandlungen war Schubert, der folgende Angaben machte: Die Rekruten hätten fortgesetzt schlecht erzögert, so daß die ganze Eschadron oft Strafdienst verrichten mußte, was die älteren Mannschaften sehr ärgerte. Da die Verschickung bevor stand, bei der alles klappen mußte, habe er zu den Mitangeklagten gesagt, sie wollten den Kerls mal ein Paar aufhauen. Der Eschadronchef Graf von Reisenow habe selbst zu ihm einmal gesagt, den Rekruten müsse etwas nachgeholfen werden. Am 24. April c., als die Unteroffiziere der Eschadron abwesend waren, habe er im Verein der Mitangeklagten einen Anschlag über den Standbau legen und wurden dann mit einem ledernen Obergurt geschlagen. Schubert hat den Rekruten dabei im Genick geschlagen und den Kopf niedergebückt. Dem Soldaten Müller III, der sich diese Plünderung nicht gefallen lassen wollte, habe er „eine runtergehauen“, nachdem er ihm den Kopf zwischen die Beine gedrückt. Infolge dieser Mihandlung platze dem Soldaten das Trommelfell, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Zeugen erklären, daß sie bis zu zwanzig Pieschen erhalten und mehrere Tage Schmerzen gehabt hätten. Schubert, der bereits

einen Bericht Rekruten geführt hat, mußte wegen seiner Neigung zu Gewaltthätigkeiten gegen die Rekruten von dieser Stellung wieder entbunden werden. Die sämtlichen Angeklagten, denen von ihrem Eschadronchef ein gutes Zeugnis ausgestellt wird, bitten um mildernde Umstände, da „sie nur im Interesse der Schwadron gehandelt hätten“. Der Gerichtshof billigte auch allen Angeklagten mildernde Umstände und erkannte gegen Schubert auf vierzehn Tage, gegen Verten auf zehn Tage, gegen Genze, Müller und zwei Soldaten auf je sieben Tage Gefängnis.

Die Gewährung von „mildernden Umständen“ ist uns nicht verständig. Auch das Militärgericht müßte sich sagen, daß bei solcher Auffassung derartiger abscheulicher Mihandlungen schwerlich Besserung erzielt werden kann.

Im Interesse des blinden Gehorsams. Ein eigentümlicher Fall von Gehorsamsverweigerung beschäftigte das Oberkriegsgericht in Breslau. Angeklagt war der Russeier Kofot. Er war in der Nacht nach Kaisergeburtstag, nachdem er zwei Stunden Posten gestanden hatte, völlig erstarrt in die Postenstelle gekommen, um sich zu erwärmen. Hier lag ein Unteroffizier, der infolge der Kaisergeburtstagsfeier nicht mehr nützlich war, die Wachmannschaft in der Nacht um 1 Uhr Griffe kloppen. Auch Kofot sollte mit antreten, weigerte sich aber, da er mit den von der Kälte steifen Fingern keine Gewehrgriffe machen konnte und sich erst wärmen wollte. Kofot, ein Pole, glaubte, der Unteroffizier habe das Griffe kloppen in der Nacht als Strafe diktiert und meinte treuerherzig: „Herr Unteroffizier, ich habe doch nichts getan!“ Der Unteroffizier ließ aber den Kofot wegen Gehorsamsverweigerung in den Arrest abführen, und das Kriegsgericht verurteilte ihn später zu achtzehn Monaten Gefängnis. Auf seine Berufung wurde dies harte Urteil vom Oberkriegsgericht auf drei Monate Gefängnis herabgemildert; das Gericht sprach sich mit scharfem Tadel gegen den Unteroffizier aus. Gegen das milde Urteil legte wiederum der Gerichtsherr, Erbprinz von Sachsen-Weimaringen, Revision ein. Das Reichs-Militärgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Oberkriegsgericht in Breslau, das Kofot diesmal zu neun Monaten Gefängnis verurteilte.

Herr Dr. A. Roffig ersucht uns um Aufnahme der folgenden Zeilen:

Von einer mehrtägigen Reise zurückgekehrt, lese ich erst heute den im „Vorwärts“ vom 29. Mai erschienenen Artikel „Ein Revisionist“, welcher sich mit meinem Buche „Revision des Socialismus“, Bd. I beschäftigt. Der Verfasser jenes Aufsatzes hatte selbstverständlich das Recht, meinem Werke kritisch gegenüberzutreten und es liegt mir fern, die ihm die Aufnahme einer Kritik seiner Kritik anzugehen. Nur gegen einen Vorwurf möchte ich mich verwehren.

Es wird gerügt, daß ich mich in meinem System des Socialismus nicht auf die Darstellung des Marxismus beschränke, sondern ein „unterbuntes Durcheinander von Anschauungen aller möglichen Socialisten“ gebe, und daß ich andererseits die Marxschen Theorien in entstellter Weise reproduziere. Als Beispiel wird meine Darstellung der socialistischen resp. der Marxschen Werttheorie angeführt.

Was den ersten Punkt anbelangt, so konstatiere ich, daß es thatsächlich meine Absicht war, nicht nur die Anschauungen von Marx, sondern auch die anderer Theoretiker des Socialismus, insbesondere auch der französischen, zu berücksichtigen; ich glaube aber nicht, daß man einem wissenschaftlichen Werke ernstlich einen Vorwurf daraus machen könnte.

Meine Entstellung der Marxschen Werttheorie soll darin bestehen, daß ich den Satz des Gothaer Programms: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur“ auf Marx zurückführe, während Marx jenem Satz sofort die Kritik entgegengestellt hätte, daß die Natur eben so sehr die Quelle aller Gebrauchswerte sei als die Arbeit.

Letztere Thatsache war mir keineswegs unbekannt. Der Verfasser hat es wohl übersehen, was ich auf derselben Seite meines Buches, die er vor Augen hatte, bemerkt: „Stützen wir uns auf die besonnensten Darstellungen der Werttheorie, welche von den Theoretikern des Socialismus geliefert wurden (Marx und Walon), so sehen wir, daß die produktive Kraft der Natur von den letzteren nicht völlig übersehen, sondern daß sie bei der Bestimmung des Werts der Dinge grundsätzlich nicht berücksichtigt wird. Die Socialisten wissen wohl, daß die Natur auch ohne menschliche Arbeit viele nützliche Dinge liefert, aber sie wollen der bloßen Nützlichkeit nicht die Qualität des Werts zuerleihen.“ (S. 21.)

Zur Ergänzung der Richtigkeit obiger Darstellung brauchen nur einige wohlbelannte Sätze aus dem Anfang vom „Kapital“ angeführt zu werden: „Ein Gebrauchswert oder Gut hat also nur einen Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist.“ „Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit... welche seine (des Produkts) Wertgröße bestimmt.“ „Als Werte sind alle Waren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit.“ „Ein Ding kann ein Gebrauchswert sein, ohne Wert zu sein. Es ist dies der Fall, wenn sein Nutzen für den Menschen nicht durch Arbeit vermittelt ist. So Luft, jungfräulicher Boden, natürliche Wiesen, wildwachsendes Holz usw.“ („Kapital“ Bd. I, 4. Aufl. S. 5-7.)

Hinsichtlich anderer, mehr der Person als der Sache geltenden Angriffe verweise ich den Leser auf die Entgegnung, welche ich der „Neuen Zeit“ zugesandt. Berlin, 6. Juni 1901. A. Roffig.

Der Verfasser des von Herrn Roffig angeführten Artikels bemerkt dazu:

Es ist sicherlich das Recht des Herrn Roffig, nicht nur den „modernen sogenannten wissenschaftlichen Socialismus“, wie er sich ausdrückt, sondern auch jeden andern, ihm beliebigen Socialismus zu „revidieren“, aber dann soll er bestimmt und deutlich sagen, wo er mit dem einen oder mit dem andern Socialismus sich zu schaffen macht, und nicht alles in ein „unterbuntes Durcheinander“ werfen, das jeden Leser, der von diesen Dingen nicht mehr versteht, als Herr Roffig, in die hoffnungslose Verwirrung stürzen muß. Eine Probe davon giebt gleich die Behauptung des Herrn Roffig, daß „alle socialistischen Systeme“ den Satz an ihre Spitze stellen: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.“ Ich habe Herrn Roffig nachgewiesen, daß er damit eine objektive Unwahrheit ausgesprochen hat, wogegen er nichts einwendet; er bildet sich nun noch ein, die marxsche Werttheorie verstanden zu haben, und behauptet, daß ich die Sätze „übersehen“ hätte, worin er dies Verständnis bekundet. Ich habe aber gar nichts „übersehen“, sondern bei meinen Citaten aus Herrn Roffig nur billige Rücksicht auf den Raum des „Vorwärts“ genommen. Nicht jetzt Herr Roffig diese Sätze selbst als Tageslicht, so bin ich ihm um so dankbarer dafür, da mir seine besonnene Darstellung der „besonnensten Darstellungen“ der Werttheorie jedes weitere Wort darüber erspart, daß ihm die von Marx entwickelte Werttheorie jedenfalls ein Rätsel mit sieben Siegeln ist.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Juni. Das Abgeordnetenhaus wird noch drei Sitzungen abhalten und sich dann bis zum Herbst vertagen. Der Steueranschlag des Abgeordnetenhauses beschloß mit 16 gegen 15 Stimmen, die Veratung der Vorlage über die Jahrlartensteuer bis zur Herbstsession zu vertagen.

Wien, 7. Juni. Der Bericht über die Ergebnisse der Staatseisenbahn-Verwaltung im Jahre 1900 stellt fest, daß das Bahnnetz um 808 Kilometer erweitert wurde und daß der Zugverkehr eine Mehrleistung von 5 725 000 Lokomotivkilometern aufweist. Die Betriebsausgaben sind um 14 682 000, die Betriebsausgaben um 17 268 000 Kronen gestiegen. Gegenüber dem Vorschlag ist das

Ergebnis im Ordinarium um 13 687 844 Kronen ungünstiger, im Extraordinarium um 44 253 Kronen günstiger, was ein um 13 643 301 Kronen ungünstigeres Reinergebnis ausmacht.

Frankreich.

Das antikerikale Vereinsgesetz wird jetzt in einer Kommission des Senats verhandelt; die Beratungen sollen 12 Sitzungen in Anspruch nehmen. Der große Eifer, mit dem die Kommission, nachdem sie den Ministerpräsidenten gehört hat, an die Arbeit geht, findet nicht den Beifall der Liberalen und ihrer Freunde. Die Senatskommission — so kommt das „Journal des Debats“ — zeige sich noch viel eifriger, als die Deputiertenkammer, die Freiheit der Religionsgesellschaften einzuschränken. Nach den Beschlüssen der Deputiertenkammer war den Religionsgesellschaften 6 Monate Zeit gelassen, die staatliche Anerkennung zu beantragen; die Senatskommission hat diese Frist auf drei Monate beschränkt. Ueber die Zulassung hat die Kammer zu befinden. Da die Gesetze innerhalb der 3 Monate nur eingebracht sein müssen, die Kammer aber die Entscheidungen selbst in diesem Zeitraum alle zu fällen gar nicht im Stande sein wird, so hat dieser Beschluss geringere Bedeutung, zeigt aber immerhin den antikerikalen Geist der Kommission.

Anderes mit dem Amendement, das die Kommission zu dem Art. 18 des Gesetzes angenommen hat. Dieser Artikel hatte in seiner alten Fassung die Konfiskation der Güter und Vermögen der nicht genehmigten Religionsgesellschaften vorgesehen, soweit diese nicht als persönlich eingebrachtes Eigentum der Ordensbrüder oder aber von den Weibern oder deren Erben in Anspruch genommen würden. Der Rest der Vermögen sollte vom Staat beschlagnahmt als Fonds zu einer Alterspensionskasse für Arbeiter verwandt werden. Diese Konfiskation blieb in der Kammer auf Widerspruch und es wurde ein Amendement L'hopiteau durchgesetzt, wonach die Gerichte entscheiden sollen, wer der Erbe für die nicht in Anspruch genommenen Güter und Vermögen ist. Auf diese Weise hofften die Gönner der Ordensgesellschaften, daß bei deren Auflösung die Vermögen doch den Brüdern wieder zugesprochen werden würden. Die Senatskommission hat nun eine Abänderung des § 18 beschlossen, daß kein Mitglied der aufgelösten Orden zur Teilung des Restes (residuum) zugelassen werden kann.

Der Verrger der Merikalen über die „Intoleranz“ der Senatskommission ist begreiflich.

Die Neuwahlen für die auscheidenden Generalräte werden am 21. Juli stattfinden. Mit Rücksicht auf die Vorbereitungen für diese Wahlen wird die Kammer wahrscheinlich in der ersten Woche des Juli auseinandergehen.

Belgien.

Brüssel, 7. Juni. Der Vorschlag des Kabinettschefs, das Parlament am 1. August zu schließen, ist von den vereinigten Linken abgelehnt worden. Die Liberalen bestehen darauf, das Kriegsbudget und die Kongovorlage eingehend zu erörtern. Die Sozialisten sind damit einverstanden, die Beratung der Unfallsvorlage zu vertagen. Allen Anschein nach wird der Schluß des Parlaments erst anfangs Oktober erfolgen.

Spanien.

Madrid, 7. Juni. Der Minister des Innern ist lebhaft mit der Reform des Gemeindeverwaltungs-Gesetzes beschäftigt; die wenig wichtigen Munizipalitäten sollen aufgehoben und es soll eine besondere Verwaltungsform für die großen Städte geschaffen werden, in denen ein Beamter eingesetzt werden soll, der die gleiche Stellung haben würde, wie der Seinepräses in Paris.

England.

London, 6. Juni. Das Unterhaus bewilligte mit 159 gegen 60 Stimmen die Forderung von 15 779 000 Pfund Sterling für Beschaffung von Transportschiffen und Pferdmaterial. Im Laufe der Debatte behauptete Blundell Waple, die vom Kriegsamt zum Ankauf von Pferden nach Ostreich und Ungarn geschickten Offiziere hätten abgetriebene Pferde zu ungeheuren Preisen gekauft und die Differenz zwischen dem wirklichen Wert der Pferde und dem vom Kriegsamt gezahlten Preise mit den bisherigen Eigentümern der Pferde geteilt. Der Finanzsekretär des Kriegsamt Lord Stanley antwortete, es wäre eine Untersuchung im Gange, er glaube aber, diese würde nur dazu führen, die Grundlosigkeit der erhobenen Beschuldigung darzutun.

Der Boeren-Krieg.

Die „Times“ veröffentlichen folgende Depesche aus Pretoria: General Blood berät mit Lord Ritcher über die weiteren Truppenbewegungen im Südlischen Transvaal. Die „Erfolge“ der letzten zwei Monate haben eine optimistische Anschauung der militärischen Lage auskommen lassen, doch werden die Boeren die Feindseligkeiten fortsetzen, während ihre sogenannte Regierung dem Lande fern bleibt. Die Briefe der Frau Louis Botha nach Europa macht die Meldung glaubhafter, daß Botha dem Vespil Arliger folgen und das Land verlassen wird, sobald dies seinen Interessen förderlich ist. Der Mitteilung eines Boeren zufolge, der zugegen war, hielt Botha letzte Woche in Spilop südlich von Amsterdam eine Ansprache an seine Truppen, in welcher er wieder betonte, daß England durch europäische Verwicklungen in Bedrängnis sei. Er jagte ferner, die gute Behandlung, welche die Engländer den sich ergebenden Boeren zu teil werden lassen, sei ein Beweis, daß England nicht im Stande sei, den Widerstand der Boeren zu brechen. In der Depesche der „Times“ heißt es zum Schluß, die Operationen Bloods hätten bewiesen, daß die Boeren den Mat Botha, sich nicht zu ergeben, sondern sich in den Bergen zu verstecken, befohlen hätten. Eine Proklamation, in welcher angekündigt wird, daß nach Ablauf eines Monats alles Eigentum der auf Kommando befindlichen Boeren konfisziert werden würde, und die Führer, wenn sie gefangen genommen werden seien, mit lebenslänglicher Deportation bestraft werden würden, dürfte eine heiklere Wirkung haben, da es bekannt sei, daß mehrere Boerenführer in ihrer Haltung schwankend sind.

Diese Trost-Depesche schwankt sehr auffällig zwischen Hoffnung und Verzweiflung.

An der Kriegsmüdigkeit Englands ändert auch nicht der keine dekorativ aufschwungende Einfall, daß London den Gouverneur von Kapland, Milner, zum Ehrenbürger ernannt hat.

Partei-Nachrichten.

Aus Hessen schreibt man uns: Kürzlich hatte der Provinzialausschuß der Provinz Starkenburg auf Anordnung des Ministeriums zum zweitenmale die Frage zu prüfen, ob die Beanstandung eines Beschlusses der Offenbacher Stadtverordneten durch den dortigen Oberbürgermeister zu Recht erfolgt sei. Zur Vertretung des gleichfalls angefochtenen Stadtverordneten-Beschlusses, daß die Bekanntmachungen der Bürgermeisterei auch dem sozialdemokratischen „Offenbacher Abendblatt“ zu übermitteln seien, war vom Kreis-Ausschuß auch der Verleger desselben, Genosse Ulrich, mitgewählt worden. Die oberbürgermeisterliche Ansicht, daß U. an dem Zustandekommen dieses Beschlusses nicht mitwirken dürfte, weil er dabei privat interessiert sei, verwarf der Kreis-Ausschuß, weil in diesem Falle das Privatinteresse Ulrichs nicht dem der Gemeinde zuwiderlaufe. Sodann hob der Provinzialausschuß diese Entscheidung auf, weil der Kreis-Ausschuß angeblich nicht zuständig gewesen sei. Das angerufene Ministerium veranlaßte nun den Provinzialausschuß zu einer Korrektur dieses Beschlusses, die dahin ging, daß der Kreis-Ausschuß Recht und der Oberbürgermeister Unrecht behält.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeinderäte des Großherzogtums Hessen beruht das Landeskomitee unserer dortigen G. in den 7. Juli in den Saalbau zu Offenbach ein, damit einem Beschlusse der vorjährigen Landeskonferenz Rechnung

tragend. Auf der Tagesordnung steht: „Programm und Organisation der sozialdemokratischen Gemeinderäte in Hessen“, worüber Genosse Ulrich-Offenbach referieren wird.

Totenliste der Partei. In Chemnitz starb der Genosse Paul Enders. Der Verstorbene war für die Partei ein tüchtiges Mitglied. Unter dem Socialistengesetz trat er in Leipzig in die Partei ein. 1899 lehrte er in seine Vaterstadt nach Chemnitz zurück, wo ihn die Genossen sehr bald eine Reihe von Vertrauensposten übertragen, weil sie seinen Eifer, die Energie und die agitatorischen und organisatorischen Fähigkeiten schätzen gelernt hatten. Ganz hervorragendes aber leistete Genosse Enders bezüglich der Organisation der Schneidergehilfen. Innermüßig war er hier thätig, und es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß seine selbstlose und aufopfernde Thätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiet seine Gesundheit untergraben hat. Seit etwa zwei Jahren hatte ihn die Proletariatskrankheit gepackt und er wurde leider ihr Opfer. Als im Herbst 1897 die Chemnitzer Sozialdemokratie ihren Einzug in das Stadtverordneten-Kollegium hielt, befand sich auch Paul Enders unter den Gewählten. Bei den Neuwahlen nach der erfolgten Wahlrechtänderung schied er aus dem Kollegium aus, da er inzwischen erkrankt war. Wiederholt war er als Delegierter auf gewerkschaftlichen Kongressen und vertrat im Jahre 1898 auch den 18. Wahlkreis auf dem Parteitag in Hamburg. Seinen ursprünglichen Beruf hat er schon vor Jahren aufgegeben und eine Stellung als Lagerhalter im „Allgemeinen Konsumverein“ bekleidet.

In Frankfurt a. M. starb der Genosse Jean Vielmeier infolge eines Lungenschlages. Der Verstorbene war von Beruf Gärtner und stand im 51. Lebensjahr. Er gehörte unserer Partei schon seit vielen Jahren an und war Mitglied des sozialdemokratischen Vereins. Als eifriger und gewissenhafter Genosse trat er besonders dann hervor, wenn es galt, Flugblätter zu verteilen oder sonstige Dienste im Interesse der Partei zu leisten, namentlich auch zur Zeit des Socialistengesetzes wird seiner Thätigkeit ehrend gedacht.

Reorganisation der schweizerischen sozialdemokratischen Partei. In Sachen der seit Jahren betriebenen Reorganisation der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz hat am letzten Sonntag in Zürich eine gemeinsame Sitzung des erweiterten Centralkomitees des schweizerischen Sozialvereins und des sozialdemokratischen Parteikomitees stattgefunden, wobei ein vorläufiger Organisationsentwurf vereinbart wurde, nach welchem die sozialdemokratische Partei künftighin aus dem Grütliverein, das heißt aus seinen mehr als dreihundert Sektionen an fast ebenso vielen Orten, aus den kantonalen und lokalen Arbeiterverbänden bezw. Arbeitermationen bestehen soll. Zur definitiven Regelung der Reorganisationsfrage soll im Laufe dieses Jahres noch eine gemeinschaftliche Tagung der Delegierten des Grütlivereins und der verschiedenen sozialdemokratischen Organisationen stattfinden.

Socialdemokratischer Wahlerfolg. In Davos (Kanton Graubünden), dem bekannten internationalen Kurort für Lungentrante, ist in der Person unseres Genossen Pramier der erste Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt worden. — In Winterthur wurden in das 120gliedrige Wahlbureau 40 Sozialdemokraten gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Verkrachter Vorkomm.** Genosse Swienty, Redakteur unseres Parteiblatts in Halle, hatte im Oktober und November v. J. im Volksblatt mitgeteilt, daß zwei Wirte aus Ludznan und Peizen das Verbrechen, ihre Sälle zu Versammlungen herzugeben, geübt haben. Der eine Wirt hatte sogar an die Redaktion des „Volksblatts“ einen Brief gefandt, worin er ausdrücklich mitteilte, daß kein Lokal Sozialdemokraten nicht zur Verfügung stehe. Das Schöffengericht beurteilte Swienty wegen der Veröffentlichung zu zwölf Tagen Haft und das Landgericht bestätigte das Urteil.

— **Wegen Verleumdung der Militärbehörde** hatte sich der Redakteur Schirmer vor der Erfurter Strafkammer zu verantworten. Im Juli v. J. brachte die „Augsburger Volkszeitung“ eine Notiz, die damals von der „Tribüne“, unserm Parteiblatt in Erfurt, übernommen wurde, in der gesagt war, daß ein Soldat des dortigen Regiments die Aneuerung gegen seine Eltern und Bekannten hatte fallen lassen, daß er nicht freiwillig, sondern gezwungen nach China gehe, er sei kommandiert. An diesen Passus wurde eine Bemerkung geknüpft, in der der Staatsanwalt eine schwere Verleumdung fand, indem den Offizieren des Augsburger Regiments der verdeckte Vorwurf gemacht wurde, die Soldaten beeinflusst zu haben, nach China zu gehen. Trotzdem festgesetzt wurde — durch die Vernehmung des Soldaten Mohr in China — daß die Aneuerungen des betreffenden Soldaten bezüglich seiner Abkommandierung auf Wahrheit beruhen, beantragte der Staatsanwalt 200 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 150 M. Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die Firma „Industria“, Waldemarstraße 29, ist für Metallarbeiter aller Art gesperrt. Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Berlin.

Verichtigung. Zu den in Nr. 129 des „Vorwärts“ bekannt gegebenen Preisen der Barbiergeschäfte in Lichtenberg sind einige Irrtümer enthalten. Es muß heißen: Rasieren 15 Pf., Haarschneiden 25 Pf., Sonntags 30 Pf., Bartschneiden 25 Pf., Frisieren 20 Pf., Haarbrennen 40 Pf., Kopfwaschen 25 Pf., Schnurrbart-aussziehen 10 Pf., Kinder-Haarschneiden mit Maschine 15 Pf., Jagou 20 Pf.

Deutsches Reich.

Zum Tabakarbeiter-Ausstand in Nordhausen

bringt der „Tabak-Arbeiter“ eine Darstellung der gegenwärtigen Situation, worin unter anderem gesagt wird:

In der am 1. Juni stattgefundenen, von 800 Mitgliedern besuchten Versammlung der Ausständigen wurde einstimmig beschlossen, in dem aufgezwungenen Kampfe auszuweichen bis zum äußersten. Nur ein Wort der Entrüstung hört man hier. Jetzt zeigt es sich deutlich, daß diese Herren alles daransetzen wollen, um den Deutschen Tabakarbeiter-Verein hierorts zu vernichten. Der Schiedspruch, der von Leuten, die jenen Herren doch sehr nahe stehen, von Arbeitgeber-Beisitzern nebst dem Herrn zweiten Bürgermeister, der, das soll auch hier konstatiert werden, als Vorsitzender des Einigungsamts sein Interesse am Frieden bekundete, gefällt ist, konnte leicht von den Unternehmern angenommen werden. Aber nein! Die Herren wollen völlige bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter! Sie scheuten sich nicht, den Revers, den wir untenstehend wörtlich bringen, dann, als sie von seiten des Schiedsgerichtes auf die im Revers enthaltenen Ungehörlichkeiten hingewiesen wurden, durch einen bereits auf Vorrat liegenden neuen Anebekrevers zu ersetzen, was zugleich die im Schiedspruch angedeutete Zurückziehung des Reverses als eitel Blendwerk zeigt. Mit allen Gewaltmitteln will man, das ist nun allen kund und klar, das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht und die Organisation vernichten.

Der Revers lautet:

Wir, die Endesunterzeichneten, geben hiermit die ehrenwörtliche Erklärung ab, daß wir zur Zeit keine Beiträge zur Streikliste bezw. zur Kasse des Verbands deutscher Tabakarbeiter in Bremen zahlen, auch derselben nicht beitreten werden, so lange wir in der Fabrik von... beschäftigt sind. Ferner verpflichten wir uns, die zur Zeit ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Nordhäuser Tabakfabriken weder durch bare Geldmittel, noch in sonstiger Weise zu unterstützen. Wir erklären uns schließlich damit einverstanden, daß dem Inhaber der

Firma... das Recht zusteht, denjenigen von den Unterzeichneten, der obiger Erklärung zuwiderhandelt sollte, unter Einbehaltung seines etwa noch zuhabenden Lohns sofort zu entlassen.

Der Anebekrevers hat denn auch die ganze öffentliche Meinung auf Seite der kämpfenden Arbeiter gebracht.

Kollegen und Kolleginnen! Au Euch, sowie an alle Genossen und Freunde allerorts ergeht nunmehr aufs neue die dringende Bitte, alle finanzielle und moralische Unterstützung aufzubieten, um den Starbium der Unternehmer zu brechen.

Arbeiter, Freunde, Genossen! Befolgt nunmehr den von verschiedenen Orten schon bekannt gegebenen Appell und organisiert überall den Boykott.

Die Namen der Firmen, welche den Anebekrevers und somit die Vernichtung der Organisation aufrecht erhalten, sind folgende: C. A. Kneiff, G. A. Hanevader, Berlin u. Vona, F. C. Verche, S. u. R. Wittig, Roshardt u. Comp., Steinhardt u. Hellmundt, Kleinstadt u. Bachrod, G. Nedderjen, Hensch u. Schumann, Grimm u. Kriebel, Walter u. Sevin, Saalfeld u. Stein.

Kollegen! So entbrennt denn ein Kampf, wie ihn Nordhausen noch nicht gesehen. Die Unternehmer werden alle Mittel anwenden, um uns zu unterwerfen. Das muß mit allen Mitteln verhindert werden. Es soll und darf den Fabrikanten nicht gelingen, die Arbeiter zu willenlosen Werkzeugen ihrer Gewalt zu machen. Bietet alles auf, was möglich; die Nordhäuser Arbeiter sind fest entschlossen, mit der Unterstützung aller — dem das wird den Ausschlag geben — diesen Kampf so zu beenden, daß uns das Koalitionsrecht erhalten bleibt. Wir wollen (wie unsere Hamburger Genossen schreiben) den Herren zeigen, daß es noch eine Solidarität giebt, die das Recht der Organisation nicht antasten läßt.

Genossen allerorts! Die Argumente des hiesigen Fabrikats seid Ihr! Thut Eure Pflicht, Ihr kennt sie!

Will man uns wirtschaftlich ruinieren, so sollen diejenigen, die den Konflikt heraufbeschworen haben, auch fühlen, daß unser Ruin auch der ihrige ist.

Der Oberbürgermeister als Vertreter des Unternehmers.

In der letzten Stadtratssitzung in Düsseldorf interpellierte der Stadtverordnete Dr. Weder den Oberbürgermeister wegen der Mahregelung eines Straßenbahn-Schaffners. Dieser Schaffner war bei Daniel u. Lueg, wo er beschäftigt gewesen, entlassen worden, weil er in öffentlichen Versammlungen zur Sprache gebracht hatte, daß ein Meister in der Fabrik einen Arbeiter durch einen Stich in den Rücken schwer verletzt hatte. Der Meister wurde trotz dieser Rohheit nicht entlassen, wohl aber der Arbeiter, der die Kritik geübt hatte. Nachdem fand der Entlassene Beschäftigung auf der Straßenbahn, wurde aber nach 1/2 Tagen schon entlassen, und zwar, wie es hieß, auf Verreiben der Firma Daniel u. Lueg, und weil er Mitglied des christlichen Straßenbahn-Vereins war. Der Interpellant erklärte, die Zugehörigkeit zu einem Vereine dürfe nicht der Grund der Entlassung sein, denn das sei ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Beigeordneter Thelemann gab die Erklärung ab, daß der entlassene Arbeiter nicht wegen seiner Zugehörigkeit zum Verband oder auf Ansuchen der Firma Daniel und Lueg entlassen worden sei, sondern weil er sich zum Straßenbahnschaffner seines freien Auftretens dem Publikum gegenüber nicht geeignet habe. Das hatte sich also innerhalb 1/2 Tagen schon herausgestellt. Zu dem Punkt äußerte sich der Oberbürgermeister Dr. Marx in folgender Weise: Er sei gegen derartige Erörterungen, weil sie aus Gründen der Disziplin bedenklich sind. In öffentlichen Stadtratssitzungen dürfe nicht über Anstellung oder Entlassung städtischer Angestellter diskutiert werden, er erwarte, daß dies ein Ausnahmefall sei. Uebergehend zu dem Fall bei der Firma Daniel u. Lueg ist er der Meinung, der Herrenstandpunkt des Unternehmers sei gerechtfertigt. Eine Nachvollkommenheit der Industriellen den Arbeitern gegenüber sei am Platze, sonst sei das Blühen und Gedeihen der Industrie in Frage gestellt.

Eine merkwürdige Stellung, die da der Leiter eines großen Gemeinwesens einnimmt.

Zur Beendigung des Streiks der Weber in Bohnwinkel-Gräfenrath bei Solingen wird uns berichtigend mitgeteilt, daß die Beendigung des Ausstands nicht wegen fehlender Unterstützungsgelder eintrat, sondern weil die Ausständigen mit einer Herabsetzung der Unterstützung auf die im Krefelder Streik und sonst vom Verband der Weber und Berufsgenossen üblichen Höhe nicht einverstanden waren. Die Ausständigen kehrten in die Fabrik zurück, nachdem sie vorher die Unterstützung für die letzte Woche in Empfang genommen hatten.

Gegen die parteiliche Arbeitsnachweise hat sich die Handelskammer in Hachtburg erklärt. Sie sieht — wie unser Hachtburger Parteiblatt mitteilt — auf dem Standpunkt, daß ein Bedürfnis zum geschlichen Eingriff in das Arbeitsverhältnis nicht vorliegt, und sagt in der Begründung ihres ablehnenden Verhaltens unter anderem: Es sei zu befürchten, daß derartige parteiliche Arbeitsnachweise sehr bald von sozialdemokratischer Seite zu parteipolitischen Umtrieben und Agitationen, sowie zur Verbeugung der Arbeiter ausgenützt und damit das friedliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erheblich gefährdet werden würde. — Die Furcht vor dem roten Gespenst muß immer herhalten, wenn die Scharfmacher eine ihnen unangenehme, wenn auch an sich nicht sehr bedeutende sozialpolitische Maßnahme hintertreiben wollen.

Zum Weberstreik in Cuncwalde. In einer am letzten Sonntag abgehaltenen Versammlung der Streikenden hat — wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet, der bekannte Romanist, Rittergutsbesitzer v. Polenz sich lobend über die musterhafte Haltung der Streikenden ausgesprochen, und, da er als geborener Cuncwalder sich lebhaft für diese Angelegenheit interessiert und eine baldige Beendigung des Streiks wünscht, seine Vermittlung angeboten. Die Streikenden haben bereitwillig ihr Einverständnis hierzu erklärt.

Der Abwehrstreik in Kettlerbach a. M. (Süddeutsche Waggonfabrik) hat mit einem teilweisen Erfolge der Arbeiter geendet. Die Vertreter der einzelnen Branchen schlossen mit der Direction Verträge ab, wonach die Abmachungen ein Jahr Gültigkeit haben; werden dieselben nicht ein Vierteljahr gekündigt, so haben sie auf ein weiteres Jahr Gültigkeit.

Ausland.

In Agram traten infolge von Löhndifferenzen am 4. Juni nachmittags alle Bädergehilfen, 150 an der Zahl, in den Ausstand. Die Streikenden verließen die Stadt und kampieren im Freien am Fuße des Schemngebirgs, eine Stunde von Agram entfernt. Zur Beilegung der Differenzen sind Verhandlungen im Zuge, die zu einem befriedigenden Resultat führen dürften.

Der Streik der Landarbeiter um Molinella in Italien, von dessen Verlauf wir mehrfach berichteten, ist beendet. Der Präses hatte Einigungsorschläge gemacht, die aber von den Unternehmern zurückgewiesen wurden, während die Arbeiter sie acceptiert hatten. Die Streikenden, in einer Zahl von etwa 3000 verammelt, beschlossen nach einem Referat des sozialistischen Deputierten Bissolati, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter sind besetzt, aber die Niederlage hat für sie sehr viel tröstliches. In den letzten zwei Jahren haben die Landarbeiter jener Gegend vielfach gestreikt, aber noch nie hat sich die Solidarität und die Disziplin der Arbeiterkraft des ganzen Distrikts in so hellem Maße gezeigt, noch nie ist der Streik, an dem Männer wie Frauen gleichermaßen beteiligt waren, so gut organisiert gewesen und so ordnungsgemäß verlaufen, wie diesmal. Früher entstanden regelmäßig Aufstände, so daß der Anlaß gegeben war, mit der Waffe einzugreifen; diesmal wurde der Sieg den Grundbesitzern äußerst schwer gemacht.

Theater.

Finnischer Männer-Gesangverein „Suomen Laulu“. Die vor vielen Jahren spanische Studenten als nationale Sänger durch die europäischen Konzerte zogen, wie wir in den letzten Jahren schwedische Studenten ebenfalls als Nationalhänger hörten, und wie dann vor nicht langer Zeit finnische Komponisten, zum Teil mittels eines heimischen Orchesters, sich in Berlin ein Publikum schufen; ebenso hat und jetzt der finnische Männer-Gesangverein „Suomen Laulu“ in seinem vorgerichtigem Konzert ein interessantes Bild der Lyrik dieses Volkstammes gegeben. Die finnische Sprache, eine der uraltaischen Sprachen und mit der ungarischen nahe, mit der türkischen ferner verwandt, fällt u. a. durch ihre reichlichen Diphthonge auf, wie sie etwas ähnlich unsere bairische Mundart auszeichnen. Schon dies macht sie für musikalische Zwecke beutensam. Die vorgetragenen Lieder zeugten von einem starken, doch vorwiegend düster gefärbten Nationalbewusstsein; die tadelnde Lebensfreudigkeit und Anknüpfungsfähigkeit der uns nachstehenden romanischen Völkern fehlt hier so gut wie ganz. Zum Teil waren es Stücke aus dem finnischen Volksepos, der „Kalevala“, die erst vor etwa zwei Menschenaltern (1886) aus ihrem vollstämmlichen Leben an die Öffentlichkeit gebracht ward; auch das hauptsächlichste lyrische Sammelwerk, „Kanteletar“, war vertreten, und dazu kam noch eine Anzahl einzelner Dichter. Unter den Komponisten ist Sibelius bereits seit längerem der bekannteste. Das eine der diesmal vorgeführten Stücke von ihm, die Wasserfahrt des großen Sagenhelden Väinämöinen zeichnet sich durch eine interessante darstellerische Kraft aus. Bei Sibelius sind eintönig gehaltene Volkstimmen häufig und erzeugen mächtige Wirkungen; sie ergeben sich zunächst aus einem besonderen Charakter des harmonischen Satzes, wie er bei den meisten dieser finnischen Lieder üblich ist: der weiten Lage der Stimmen, durch welche tiefe Bässe mit hohen Tenorstimmen usw. zusammenwirken. Die ausführenden Sänger sind musikalisch gut geschult und singen namentlich sehr präzise, lassen aber an Wohlklang gerade bei dieser feinsinnlichen Sprache manches zu wünschen übrig, und namentlich die Tenöre klingen besonders durch falsche Ausdehnung des Mittelregisters in die Höhe oft recht derb. Mehrfach vertreten war auch der Komponist Genes; er bevorzugt die aus unserm Männergesang bekannte scharfe Rhythmik, ist aber sonst recht vielseitig. Im übrigen hat es diese finnische Lyrik nicht nötig, an der deutschen Liedertafel gemessen zu werden; viel eher müßte und darf mit Recht das ältere volkstümliche Lied der Deutschen, wie es in Berlin vornehmlich aus den Vorlägen der Konzertvereinigungen „Radikal“ bekannt ist, zu einem würdigen Vergleich herangezogen werden. Eins der Lieder war schwedisch: „Im Kampfe des Lebens“ (I livets kamp). Der Text der Lieder und eine, nicht immer gut brauchbare, deutsche Uebersetzung waren fälschlich als Probe sei der Anfang des einen Liedes, „Heil dir Suomi, mein Land!“ usw., wiedergegeben: „Terve, Suomi ma, sinivotton mi kalvossa kaunaina pälyt, ainiään armanna meillä sä sälyt!“

Der große Bühnenharmonieaal war, im Verhältnis zu den Umständen, gut besetzt, großenteils wohl mit Mitgliedern der Kolonien aus den nordischen Ländern. Das heißt denn mit zu einem auch äußerlich großen Erfolg, der diesen Vertretern einer jugendkräftigen Bewegung auf altem Volksgrund um so mehr gegönnt sei, als die politischen Leiden Finnlands wahrscheinlich auch darin zu spüren sein werden.

Gerichts-Beilage.

Der „Vorwärts“ hatte in der Nummer vom 18. November 1900 den Versuch des Ernischen Instituts für kaufmännische und industrielle Propaganda kritisiert, wissenschaftliche Gutachten durch Extrahonoreare zu bestechen. Er hatte dabei auch angeführt, daß ein von Dr. Lebbin verfaßter Artikel in der „Medizinischen Woche“ den Aufseher erwecke, als sei er nach den Recepten jenes Instituts verfaßt; es sei daher wünschenswert, wenn Dr. Lebbin Klarheit hierüber schaffe. Herr Dr. Lebbin bestritt darauf jede Beziehung zum Ernischen Institut und der „Vorwärts“ nahm von dieser Bestätigung sofort Akt. Herr Dr. Lebbin verlangte jedoch außerdem Bestätigung des verantwortlichen Redacteurs Dr. Gradnauer. Das Schöffengericht sprach diesen frei, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Dr. Lebbin legte Verurteilung ein, die am Freitag vor dem Landgericht zur Verhandlung kommen sollte. Der Gerichtshof dahnte einen Vergleich an. Unter Hinweis auf die schon früher im „Vorwärts“ gegebene Aufklärung bezüglich Dr. Lebbin erklärt Dr. Gradnauer: „Ich habe bei Publikation des Artikels vom 18. November 1900 nicht die Absicht gehabt, Herrn Dr. Lebbin zu beleidigen und bebauere es, wenn der Artikel anders aufgefaßt ist.“ Nach dieser Erklärung zog Dr. Lebbin die Klage zurück und das Verfahren wurde eingestellt.

Die Stützen der Ordnung. Für die Verhandlung eines größeren Spielerprozesses, der vornehmere Kreise berührt, war gestern ein voller Tagstermin vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I angelegt. Wegen gewerbsmäßigen Glückspiels war der Rentier Ernst Levin angeklagt, ein Mann, der im glücklichen Besitze eines großen Vermögens sein soll. Unter den Zeugen befanden sich mehrere Offiziere von außerhalb, einer aus Sachsen, zwei junge Freiherren, Referendare, Studenten u. a. Auch der aus dem großen Spielerprozeß bekannte Spieler Wolf war als Zeuge geladen, aber durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Die Anklage beschuldigt den Angeklagten, seiner Vorliebe für das Voccacat hier und an auswärtigen Stätten, in denen die goldene Jugend zu verweilen pflegt, in einer so intensiven Weise nachgegangen zu sein, daß die Anklagebehörde eine Gewerbsmäßigkeit in seiner Spielkunst erkliden zu müssen meint. Der Verhandlung des Falles stellte sich ein unwiderwärtliches Hindernis entgegen: der als Zeuge geladene Kriminalkommissar V. Mantuffel war nicht zur Stelle, und der sofort nach ihm erscheinende Notar kam mit der Nachricht zurück, daß der Kriminalkommissar ernstlich erkrankt sei. Unter diesen Umständen beantragte der Staatsanwalt Verlegung und demnachstige kommissarische Vernehmung der von außerhalb hierher gekommenen Zeugen. Einer solchen kommissarischen Vernehmung widersprach Justizrat Wronker im Interesse des Angeklagten, der gewiß viele Fragen an jeden einzelnen Belastungs-Zeugen persönlich zu richten habe. Der Gerichtshof beschloß, die Sache zu vertagen und die auswärtigen Zeugen kommissarisch zu vernehmen. Die Vernehmungstermine in den einzelnen Städten sollen aber so gelegt werden, daß der Angeklagte event. im Stande ist ihnen persönlich beizuwohnen.

Wiederum war es eine Frau aus den „besseren Ständen“, welche sich gestern wegen Diebstahls im Wertheimischen Kaufhaus vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. Die Witwe Emma K. a. b. e. r. g war einer Verkäuferin in dem genannten Geschäft schon wiederholt verdächtig vorgekommen, weshalb sie die Besucherin nicht aus den Augen ließ. Es gelang ihr, die Angeklagte dabei zu ertappen, als dieselbe eine Kasse heimlich vom Tische nahm und in ihre Tasche steckte. Es kam zu dem üblichen unerwartlichen Aufsteit, die Ertrappte konnte den Diebstahl nicht leugnen, behauptete aber, daß sie die That in einem unzurechnungsfähigen Zustande begangen haben müsse. Bei der Hausdurchsuchung fand man noch Stoff zu einem Kleide und zwei Paar neue Handschuhe unter dem Sofa versteckt. Auch diese Gegenstände waren aus dem Wertheimischen Geschäft entwendet. Auch im Termin blieb die Angeklagte dabei, daß sie bisweilen von hysterischen Anfällen geplagt werde, worin sie jede Herrschaft über ihre Handlungen gelaßt werde. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Davidjohn, hatte sich auf das Zeugnis des Hausarztes der Angeklagten darüber berufen, daß sie thätlich an solchen Anfällen leide. Das Gutachten ging nun dahin, daß die Angeklagte an Hysterie leide und dadurch zeitweise in ihrer Urteilsfähigkeit beschränkt werde. Der Staatsanwalt war daher der Ansicht, daß die Angeklagte mit demselben Maße zu messen sei, wie jede andere

Diebin, er beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Der Gerichtshof trug jedoch dem krankhaften Zustande der Angeklagten Rechnung und belieh es bei einer Gefängnisstrafe von 8 Tagen.

Versammlungen.

Die Verbrüderung der Christlichsocialen und Deutschsocialen in öffentlicher Versammlung, welche den Abschluß der stattgehabten christlichsocialen Konferenz bilden sollte, kam nicht zu stande. Hofprediger a. D. Stöder gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der als Referent in Aussicht genommene Reichstags-Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg im letzten Moment eines plötzlich eingetretenen Unwohlseins wegen abgeseigt habe. Der Vorsitzende Pastor Philipp v. Blüthenberg erklärte, die christlichsocialen Partei habe niemals Ansticht, die Nation zu gewinnen. Sie sei zwar klein, bilde aber dennoch, dank ihrer Vertretung durch Stöder, das „socialen Bewusstsein“ des Parlaments. (Beifall und Unruhe.) Herr Stöder selbst polemisierte besonders gegen die Socialdemokratie, der er vorwarf, daß sie sich tagtäglich am Vaterlande und an der Religion veründige. Als er einen Artikel des „Vorwärts“ als „hundsgemein“ bezeichnete, entstand durch den Widerspruch der anwesenden Socialdemokraten ein förmlicher Tumult. Die christlichsocialen Ordner wollten die Socialdemokraten aus dem Saale weisen, und standen erst von ihrem Vorhaben ab, als Herr Stöder davon abriet. Von Interesse waren die Ausführungen des pommerischen Pastors Voermann über die Wahl in Greifswald-Grimsen. Er führte das Wahlergebnis auf die Unruhe der pommerischen Landbevölkerung zurück, die sich von der wüsten Agitation der Liberalen habe mitreißen lassen. Für die Stimmung im Lande sei dieser Eingriff nicht maßgebend. Doch müsse zugegeben werden, daß insbesondere die Christlichsocialen viel Einbuße erlitten hätten, seit sie der Gunst von oben entbehren müßten. Das Referat „Christlichsocial ist Insium“ habe der Entwicklung der Partei sehr geschadet. Zum Schluß wurde namentlich von Abg. Stöder zu Beiträgen für den christlichsocialen Wahlfonds aufgefordert. Im Siegerlande und in Posen-Nahau soll schon jetzt mit der Agitation für christlichsocialen Reichstagskandidaten begonnen werden.

Eine öffentliche Versammlung der selbständigen Barbier der Schönhauser Vorstadt, die von 70 Personen besucht war, tagte Donnerstagnacht im Lokal von Bernau, um zu den Forderungen der Gehilfen und zur Preisverhöhung Stellung zu nehmen. Der Referent Deichsel (Freie Vereinigung) wies in längeren Ausführungen nach, daß die Forderungen der Gehilfen berechtigt seien, aber nur bei gleichzeitiger Preisverhöhung bewilligt werden könnten. Er forderte dazu auf, dem Beispiel der „Freien Vereinigung selbständiger Barbier“ zu folgen. Auf diese Weise verbesserten die selbständigen Barbier mit der Lage der Gehilfen zugleich auch ihre eigene Lage, die vielfach recht traurig sei. — Durch Annahme einer Resolution erklärten die versammelten Meister den Tarif der Gehilfen anzuerkennen und so bald als möglich die Preise zu erhöhen, damit ihnen dauernd die Beachtung des Tarifs möglich sei. — Nach einem weiteren Referat Deichsels und kurzer Debatte wurde beschlossen, den Preis für Rasieren vom Sonnabend, dem 8. Juni, früh 7 Uhr ab auf 15 Pf. zu erhöhen.

Auf dem Gesundbrunnen sowie im Südosten der Stadt fanden ebenfalls Versammlungen der selbständigen Barbier statt, die im allgemeinen denselben Verlauf nahmen, wie die Versammlung, über die wir vorstehend berichteten. Im Südosten wandte man sich namentlich gegen das absehnliche Verhalten der Innungen gegenüber den Forderungen der Gehilfen. Die Versammlung sprach das Verlangen aus, daß die Innungsvorstände, dem Beispiel der „Freien Vereinigung“ folgend, vor dem Einigungsamt mit den Gehilfen in Verhandlung treten, damit wieder geregelte Verhältnisse im Beruf Ploß greifen.

Die selbständigen Barbier in Rummelsburg hatten am 5. d. Mts. eine Versammlung einberufen, in welcher einige Redner aus den Reihen der Selbständigen rieten, nicht so lange zu warten, bis es auch in Rummelsburg zu einem Streik komme und das Berliner System der fliegenden Barbierstuben eingeführt werde. Man möge, um dem vorzubeugen, die Forderungen der Gehilfen bewilligen, gleichzeitig aber die Preise erhöhen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die selbständigen Barbier Rummelsburgs verpflichten sich, sämtliche von den Gehilfen gestellten Forderungen anzuerkennen nach der Vereinbarung des Einigungsamts in Berlin. Sie verpflichten sich gleichzeitig, den aufgestellten Preistarif innezuhalten und beizubehalten dies durch ihre Unterschrift.

Albert Hiller. Otto Equis. Emil Pohl. Thomas Kolaski. Richard Hubn. Franz Kemle. Wilhelm Westendorf. Emil Gschafowski. Paul Schlad. Max Löpel. Karl Kemle. Karl Stiller.

Ferner wurde eine aus Gehilfen und Selbständigen bestehende Kommission gewählt, welche etwaige Differenzen zu schlichten hat.

Die Berliner Ortsverwaltung des Centralverbands der Maurer hatte am Donnerstag sieben Versammlungen einberufen, um die Mitglieder über das zur Zeit bestehende Vertragsverhältnis mit den Arbeitgebern aufzuklären.

In der im Vorwärts-Saal in der Adlerstraße tagenden Versammlung referierte Silberschmidt. Er erörterte die dem Abschluß des Vertrags vorausgehenden Verhandlungen und rechtfertigte das Verhalten der Vertreter des Centralverbands. Dem Referat folgte eine längere Diskussion, in der unter anderem zwei Redner erklärten, sie hätten zwar anfangs gegen die Annahme des Vertrags agitiert, jetzt läßen sie aber ein, daß das Bestehen des Vertrags im Interesse des Verbands liege. Nach Schluß der Diskussion wurde die folgende Resolution, welche die Ausführungen des Referenten zusammenfaßt, gegen vier Stimmen angenommen:

Die Versammlung hält die heute auf den Bauten herrschenden Zustände bezüglich der gegenseitigen Solidarität der Kollegen für allgemein schädlich und daher dringend der Verbesserung bedürftig. Die Versammlung sieht die Ursachen dieser ungesunden und zersetzenden Zustände in erster Linie in der Organisationszersplitterung. Das so oft gebrauchte Schlagwort, daß „Eingeleit ohne einheitliche Organisation“ genüge, hat sich gerade bei der Verlängerung des Vertragsverhältnisses als völlig unzutreffend und schädlich erwiesen. Eine wahre Eingeleit ist nur in einer einheitlichen Organisation zu erbilden. Die Versammlung bedauert es daher, daß von seiten der hiesigen Lokalarbeiter kein Bedürfnis vorhanden ist, sich der allgemeinen Organisation der Maurer Deutschlands anzuschließen, trotzdem alle früher dargelegten Momente heute haltlos geworden und principielle Gegensätze nicht vorhanden sind.

Die Versammlung erkennt ferner, daß der Vorstand des Lokalarbeitervereins befreit ist, die Aufmerksamkeit der Kollegen von der Hauptsache, d. h. der von ihm sowohl, als von ihrem Organ „Die Eingeleit“ anerkannten und scharf vertretenen Richtigkeit einer Verlängerung des Vertrags abzulenken und dieselbe auf Nebenächlichkeiten, wie die angeblich getroffene Vereinbarung beider Organisationsvorstände, zu konzentrieren, für deren wirkliches Zustandekommen auch nicht der geringste Beweis erbracht werden kann, sondern im Gegenteil die ganze Situation am Schluß der betreffenden Sitzung gegen das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung spricht.

Die Versammlung zieht nun nach Lage der Verhältnisse auf den Bauten und der obigen Umstände die Lehre, daß die jetzigen Zustände beseitigt werden müssen und zwar soll dieses geschehen

1. durch unablässige Agitation für den Verband und dessen Bestrebungen;
2. durch die Leistung einer guten und soliden Arbeit und Beseitigung aller Pfuscharbeit;
3. durch Pflege des Verbands-„Systems“, Meldung aller Mängel an die Verbandsleitung, gefundene, die Tagesfragen und die Arbeitsverhältnisse betreffende Diskussionen in den Bauübden, Pflege der Solidarität aller Kollegen;
4. Erstreckung einer einheitlichen Organisation durch vernünftige und ruhige Diskussion und der Aufklärung aller und fernstehenden Kollegen.

Die übrigen Versammlungen tagten in Sieber's Saal, Andreasstraße, bei Bohmann in der Kreuzbergstraße, in Rigdorf, in Friedrichsberg, in Charlottenburg und in Steglitz. Sämtliche Versammlungen nahmen ebenfalls die vorstehende Resolution an.

Abend. Eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung, die hier am 5. Juni tagte, beschloß, den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen, ein Gewerbegericht für Köpenick und die umliegenden Orte zu errichten.

In Adlershof referierte Genosse Zupauer am 5. Juni in einer öffentlichen Versammlung über die vom Reichstag beratene Gewerbegerichts-Novelle. Die Versammlung beschloß eine Petition an den Bundesrat, welche denselben um Annahme der genannten Novelle ersucht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Kalisubikat.
Magdeburg, 7. Juni. (B. L. Z.) Die „Magdeburger Bl.“ meldet aus Berlin: Die Verhandlungen der Kalisubikat wegen eines neuen Subikats sind heute abend aufgehoben worden. Ein Resultat wurde bisher nicht erzielt.

Breslau, 7. Juni. (B. L. Z.) Der bei dem Medoiber-attentat in einem hiesigen Restaurant am 4. Juni schwer verwundete Reisende Gustav Otto aus Berlin ist gestern seinen Verletzungen erlegen.

Frankfurt a. M., 7. Juni. (B. L. Z.) Die „Frankfurter Zeitung“ aus Kassel meldet, sich Dienstagabend 6 1/2 Uhr vor Bahnhofebra der Leipzig-Kasseler Schnellzug mit einem Güterzuge zusammen. Zwei Personenwagen wurden zertrümmert. Mehrere Personen sind leicht verletzt.

Frankfurt a. M., 7. Juni. (B. L. Z.) Gestern früh trat in Mainz das Kriegsgericht in der Duellfrage des Oberleutnants Richter und des Hauptleutnants Vogt zusammen. Richter, der verwundet worden war, hat sich inzwischen wieder erholt und wohnt der Verhandlung bei. Das Urteil lautet der „Frankfurter Zeitung“ zufolge gegen den Oberleutnant Richter auf drei Monate Festung, gegen Leutnant Vogt auf zwei Jahre Festung. Außerdem wurde gegen letzteren auf Dienstentlassung erkannt.

Frankfurt a. M., 7. Juni. (B. L. Z.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Budapest: In einer kürzlich hier aus der Donau gezogenen mit Eisenketten umwundenen Leiche wurde der Philosoph Ernst Löwenstein aus Dresden relognosziert. Näheres ist über seinen Tod nicht bekannt.

Hann., 7. Juni. (B. L. Z.) Der heftige Städtetag bewilligte heute 300 M. zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit der Ansetzung einer Ruhegehaltskasse für die Gemeindebeamten des Regierungsbezirks Kassel und einer Verlorenloskasse ihrer Familien. Als Ort des nächsten Städtetags wurde Marburg gewählt.

Wien, 7. Juni. (B. L. Z.) In der Sitzung der österreichischen Delegation beantwortete der Minister des Aeußern, Graf Schischowski, die Interpellation, in welcher er aufgefordert wird, baldigst die Vermittelung zwischen England und den Boeren anzugehen. Er erklärt, nicht in der Lage zu sein, auf diese Anregung einzugehen. England habe wiederholt erklärt, keine Vermittelung anzunehmen und sich an kein Schiedsgericht zu wenden. Unter diesen Umständen wäre eine Vermittelungsbaktion ein Schlag ins Wasser, wogu sich eine erstere Regierung nicht gern bezieht. Wenn aber die Interpellanten auf die Haager Beschlüsse hinweisen, so müsse der Minister gesehen, daß ein solcher Vorschlag mit der Begründung, wie sie in der Interpellation gegeben ist, seitens Englands gewiß als unfreundlicher Akt aufgenommen werden würde. Wir haben vielfach keinen Grund, der britischen Regierung gegenüber, mit der wir in Frieden und Freundschaft leben wollen, etwas Unfreundliches zu thun.

Wien, 7. Juni. (B. L. Z.) Der Eisenbahnrat nahm einen Antrag an, die Regierung aufzufordern, die Bahnverstaatlichungs-Aktion energisch fortzusetzen.

Budapest, 7. Juni. (B. L. Z.) Der zwischen Ghamat und Kaslag verkehrende Postwagen wurde seines Inhalts an Wertpapieren und Perlen in hohem Betrage beraubt; der Postillon wurde ermordet.

Rom, 7. Juni. (B. L. Z.) Die Deputiertenkammer auf eine Anfrage Dr. Vagnasco's über den Stand der Verhandlungen mit Deutschland wegen der über die Anwendung des deutschen Unfallversicherungs-Gesetzes entstandenen Fragen erklärt Unterstaatssecretär des Auswärtigen, De Martino, daß die italienische Regierung im Laufe der in Berlin und Rom eifrig geführten Verhandlungen immer für den Grundsat volliger Gewogenheit eingetreten sei ohne Rücksicht auf die daraus erwachsenden finanziellen Ansprüche. Die italienische Regierung habe auf Ersuchen der deutschen Regierung dieser eine ausgezeichnete Abhandlung des früheren Ministers Riccardi über diesen Gegenstand gesandt, aus welcher hervorgehe, daß die Bestimmungen des deutschen und italienischen Gesetzes sich völlig aufgleichen. Die italienische Regierung habe das feste Vertrauen, daß die deutsche Regierung, die von den besten Wünschen befeelt sei, auf Grund der Schlussfolgerungen der Abhandlung Riccardi nicht zögern werde, dem Bundesrat um Anerkennung des Grundgesetzes völliger Gewogenheit zu ersuchen. Was die Frage der rückwirkenden Kraft betrifft, welche Deutschland den in das Unfallversicherungs-Gesetz vom 30. Juni 1900 aufgenommenen Bestimmungen gab, so sei im Interesse der Familien der in Deutschland vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verunglückten italienischen Arbeiter, deren Rentenbezug auf Grund dieser rückwirkenden Kraft eingestellt wurde, seitens der italienischen Regierung eine lebhafteste Tätigkeit entfaltet worden. Rumore habe, nach einer Mitteilung des deutschen Votsichters, das Reichsversicherungsamt dahin entschieden, daß das Gesetz vom Jahre 1900 keine rückwirkende Kraft haben könne. Die Bedeutung dieses Beschlusses für die italienischen Arbeiter in Deutschland sei klar. Italien müsse der deutschen Regierung für den zur Lösung dieser Frage bewiesenen Geist der Verjünglichkeit Dank wissen.

Brüssel, 7. Juni. (B. L. Z.) Der Regierung des Unabhängigen Königreichs ist die Nachricht zugegangen, daß die letzten aufständigen Botalete, welche der Expedition des Obersten Dhanis angehöret und schon seit 1895 den Aufstand unterhalten hatten, nördlich vom Quamokuffe geschlagen worden sind. 300 Mann wurden durch die von Major Anderson befehligte 150 Mann starke Truppenabteilung des Königreichs gefangen genommen. Damit ist der Aufstand der Botalete vollständig niedergeschlagen.

Madrid, 7. Juni. (B. L. Z.) Wie aus Barcelona vom gestrigen Tage gemeldet wird, fiel dort während der Frohnfestumprozession in der Nähe des Medinaeli-Plazes ein brennendes Stück Papier von dem Balkon eines Hauses. Die Menge, welche glaubte, es handle sich um eine Bombe, stürzte lörmend auseinander. Hierbei wurden etwa 100 Personen verletzt; viele Damen wurden ohnmächtig. Während die Prozession vorüberzog, fanden einige unerhebliche Stundgebungen statt.

London, 7. Juni. (B. L. Z.) Unterhaus. Kriegsminister Brodrick erwidert auf eine Anfrage, Ritghener habe keine Weisungen erhalten, welche ihn daran hindern könnten, Vorschläge der Boeren entgegenzunehmen. Er sei verpflichtet, alle Vorschläge sofort der britischen Regierung zu übermitteln. Ritghener jedoch sowie die Regierung lehnten es ab, die Frage der Unabhängigkeit zur Beratung zu stellen. Labouchere fragt, ob die Regierung den Boeren dieselbe Art von Unabhängigkeit zugesprochen werde, wie Kanada und Australien eingeräumt sei. Chamberlain erwidert: Sicher nicht im gegenwärtigen Augenblick. Kriegsminister Brodrick teilt sodann noch mit, daß Ritghener in einem Telegramm das Gerücht, die Boeren hätten in Bluffort 2 Gefangene getötet, für unbegründet erklärt.

Woskau, 7. Juni. (B. L. Z.) Die Arbeiter der Erdwachsgruben in Borslaw sind in den Ausstand getreten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Der Wahlverein hält Mittwochsabend 8 1/2 Uhr in Landners Festsaal, Bergstr. 151/152, eine Versammlung ab, in der Herr Gerling über das Recht auf Arbeit, Bildung und Gesundheit spricht.

Sonntag, 16. Juni, veranstaltet der Wahlverein im Apollo-Theater, Hermannstr. 48/49, ein Sommerfest, in der Erwünschtem wie Kindern die mannigfachen Ueberrassungen und Genüsse geboten werden. Beginn 4 Uhr, Eintrittspreis 20 Pf.

Zu Johannisthal hält der Wahlverein heute abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Seuffleben seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung wird in der Verammlung bekannt gemacht.

Nieder-Schneeweide. Heute abend, 8 1/2 Uhr, hat der Wahlverein bei Franz, Grünauerstr. 5, seine Mitgliederversammlung.

Der Vertrauensmann von Panow sendet uns folgende Mitteilung: Nach jahrelangen Kämpfen ist es uns endlich gelungen, in Mühlenthal bei Berlin einen Saal zur Abhaltung von politischen Versammlungen zu bekommen, in welchem Sonntag, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, eine Volksversammlung stattfinden wird. Es ist dies der Gasthof zur Sonne, Inhaber Karl Nauman. Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Wahlverein von Grünau hält heute, abends 9 Uhr, seine Mitglieder-Versammlung bei Werle, Köpnickstr. 88, ab. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig.

Lokales.

Eine eigentümliche Himmelserscheinung

regt an den gegenwärtigen schönen Abenden manchen zum Sittieren aufgelegten Beobachter zu gehaltvollen Betrachtungen an, die auf Ursprung und Ende des Kosmos und andre zur Zeit noch nicht völlig gelöste Fragen kosmischer und astrophysischer Natur ein bedeutendes Schlaglicht werfen. Aus mancherlei Zeitschriften, die sich mit der erwähnten Erscheinung befassen, geben wir ihrer Anschaulichkeit und wissenschaftlichen Klarheit wegen die folgende wieder:

Geehrte Redaktion! Am heutigen Tage (8. Juni) abends gegen 11 1/2 Uhr beobachtete ich eine seltene Himmelserscheinung bei bestem Firmament. Es erschien plötzlich am südwestlichen Himmel ein heller Lichtschimmer aus dem dunkeln Gewölk, welcher nicht unähnlich dem bei Kometaerscheinungen beobachteten Schweife schien, jedoch nicht von solcher Helligkeit war, wie bei derartigen Erscheinungen, und auch nicht so lang gestreckt. Das Phänomen bewegte sich mit bedeutender Geschwindigkeit, beschrieb eine Ellipsenform von geringer Größe und machte vielleicht zwei Sekunden gedauert haben, um dann spurlos im dunkeln Gewölk wieder zu verschwinden. Ich wollte erst an eine Vision meinerseits denken oder an einen von irgend einer Stelle ausgehenden Lichtreflex, aber diese Möglichkeit ist ganz ausgeschlossen schon durch die Form und die Bahn des Phänomens, welche es mit großer Regelmäßigkeit beschrieb. Da doch Kometaerscheinungen häufig aufzutreten pflegen, welche von untern Sternwarten nicht vorher angefangen werden, so ist es möglich, daß es sich um eine dieser Erscheinungen handelt. Vielleicht wird durch diese Mitteilung, ergänzt durch eventuell andre, die Aufmerksamkeit darauf gelenkt und von sachwissenschaftlicher Seite Aufklärung gebracht.

Wir haben es uns natürlich nicht nehmen lassen, dieser für das Wohl und Wehe unseres Erbbaues höchst belangvollen Erscheinung auf den Grund zu gehen und daher sofort mit sehr beträchtlichen Kosten eine wissenschaftliche Expedition auszurüsten, die unter der sicheren Führung unseres reaktionellen Gelehrtenstabes gar bald zu überraschenden Ergebnissen gekommen ist. Wie unser früher bereits bei der Entdeckung der Scherl-Insel beteiligter gewesener Special-Verichterstatter uns durch ein heute nacht 2 Uhr 46 Minuten 51 Sekunden aufgegebenes Privattelegramm meldet, haben spektralanalytische Untersuchungen ergeben, daß das vorzüglich beobachtete Himmelsphänomen terrestrischen Ursprungs ist und mit Sicherheit auf eine erhebliche Konzentration elektrischer Kraftäußerungen im Westen schließen läßt, die um so auffälliger sind, als sie mit der Aurora borealis seltene Ähnlichkeit haben und daher mit Sicherheit auf eine plötzliche Verschiebung des magnetischen Nordpols hindeuten.

Um 3 Uhr 11 Minuten 4 Sekunden nachts aufgegebenes Specialtelegramm bestätigt weitgehend zum Teil die epochemachende Entdeckung. Danach steht fest, daß die Spannungskraft des Phänomens etwa eine Million Volt beträgt. Es hat seinen Sitz auf dem Plage der Feuerlösch-Ausstellung in dem dort aufgestellten Scheinwerfer.

Zur Wahl des Stadtschulrats für das höhere Schulwesen bringt die „Staatsbürger-Zeitung“ eine Notiz, in der sie den Gegnern des vom Ausschuss vorgeschlagenen Kandidaten, des Gymnasialdirektors Schulze vorwirft, durch die in neuerer Zeit zur Mode gewordene Obstruktion die Komminierung des Kandidaten verhindert zu haben. Die Staatsbürgerin vermutet dabei, daß hinter den Coulissen gemogelt werden solle, um die „letzte Stünde dem freisinnigen Abgeordneten Eichhoff“ zugunsten und mit der Gerode der Staatsbürger-Zeitung so gut klingenden moralischen Entschuldigung durch diese Obstruktion das Ansehen der Reichshauptstadt gefährdet. Es ist nur jammer schade, daß diesmal unsere verehrte Kollegin ein falsches Ziel genommen hat. Nicht die Gegner, sondern die Freunde des Herrn Schulze haben den Antrag auf Zurückweisung an den Ausschuss gestellt und sie waren es, die die Obstruktion in Scene setzten, als sie beschließen mußten, daß der Antrag auf Zurückweisung abgelehnt werden würde. — Darin sind wir allerdings mit der „Staatsbürger-Zeitung“ einer Meinung, daß der Antrag den Zweck verfolge, Zeit für die üblichen Wählereien zu finden; nur hatten es die Freunde des Herrn Schulze auf diese Wählerei abgesehen. Daß überdies gegen Herrn Schulze gewichtiges Material vorgelegt wurde, scheint uns schon aus dem Umstande hervorzugehen, daß überhaupt ein solcher Antrag gestellt werden konnte. Nach allen bisherigen Erfahrungen war doch die Wahl gesichert und die von uns gebrachte Mitteilung, daß Herr Schulze der Schwager des Herrn Tirpitz und als solcher eifriger Flottenkapitän sei, kam doch bei der bekannten Popularität unserer freisinnigen Stadtväter nicht von so einschlagender Wirkung gewesen sein, ganz abgesehen davon, daß diese Thatsache den Freunden des Herrn Schulze schon vorher bekannt war.

Schreckliche Drohung. In der „Apotheker-Zeitung“ lesen wir folgendes über die Stellung der Apotheker zum Wohlstand: In einer am Mittwoch, den 5. d. M., abgehaltenen Versammlung sämtlicher Apothekeneigentümer und -Verwalter Berlins und der Umgegend, die sehr zahlreich besucht war, wurde bezüglich des von dem Vorstande des Vereins zur Einführung freier Arztwahl eingelaufenen Schreibens (vergleiche „Apotheker-Zeitung“ 45, 389) auf Antrag des Vorstandes einstimmig der Beschluß gefaßt, in einem Antwortschreiben für die Anregung zur Wiederannahme direkter Verhandlungen zu danken, dabei aber darauf hinzuwirken, daß diese Verhandlungen nur Aussicht auf Erfolg haben können, wenn dieselben allein von den Vertretern der Krankenkassen und den Apothekern geführt würden ohne Beeinflussung durch andere Interessentenkreise. Für die etwaigen Verhandlungen wurde ein Ausschuss bestehend aus den Herren Wargstaff, Veitler, Calles, Freund, Auhmann und Schade gewählt. Sodann wurde mitgeteilt, daß die zur Zentralkommission gehörenden Kassenverbände ihre Rechnungsrechnungen mit der strengsten Weisung versehen hätten, sämtliche eintauenden Rechnungen der

Apotheker einfach zu kürzen, wenn in denselben nicht die früheren, vor dem Wohlstand geltenden Forderungen innegehalten seien. Da somit diese Kürzungen bei sämtlichen Rechnungen zu erwarten, da ferner in einem an die nicht boykottierten Apotheker seitens der Kassenverbände gerichteten Schreiben Forderungen bezüglich der Rechnungslegung gestellt seien, so wurde aus diesen und einigen andern eingehend erörterten Gründen der einstimmige Beschluß gefaßt, nunmehr aus Notwehr von demjenigen Mittel Gebrauch zu machen, welches man bisher allein mit Rücksicht auf die erkrankten Arbeiter bezw. Kassenmitglieder nicht in Anwendung gebracht habe, nämlich der Kreditentziehung. Dasselbe soll spätestens am 20. Juni eintreten, wenn bis dahin nicht eine befriedigende Regelung erzielt oder wenigstens angedeutet ist.

Die Krankenkassen werden dieser Drohung wohl nicht allzu ängstlich gegenübersehen.

Der zum Stadtdirektor an Stelle von Herrn Meubrand gewählte bisherige Stadtrat Dr. Karl Hirsfeldorn entstammt einer alten Berliner Familie und steht jetzt im 50. Lebensjahre. Seine Vorbildung genöht er auf dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in der Kochstraße, das er im Jahre 1870 verließ. Dann studierte er Geschichte, Philosophie und Staatswissenschaften auf den Universitäten Heidelberg, Bonn und Berlin. Im Jahre 1874 wurde er von der philosophischen Fakultät zu Halle zum Doktor promoviert. Er wandte sich hierauf dem juristischen Studium zu, bestand im Jahre 1877 das Referendariat und im Jahre 1882 das Assessorexamen. Er arbeitete als Assessor bei dem hiesigen Amtsgericht II und wurde im Jahre 1884 juristischer Hilfsarbeiter beim Magistrat von Charlottenburg. 1885 wurde er von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung zum besoldeten Stadtrat und 1891 zum Stadtdirektor von Charlottenburg gewählt. 1894 wählte ihn die Stadtverordneten-Versammlung von Berlin zum besoldeten Stadtrat. Nachdem er als solcher zuerst die Steuerdeputation geleitet hatte, wurde er Dezentrat für die Baudeputation und die städtischen Wasserwerke. Zur Zeit führt er den Vorsitz in der Sanitätsdeputation. Beim preussischen Städteamt führte er seit einer Reihe von Jahren das Schriftführeramt.

Eine Feststellung der Zahl derjenigen Personen, die von der Beförderung mit Straßenbahnwagen ausgeschlossen werden, weil die Wagen besetzt sind, erfolgt gegenwärtig in Berlin. Die Straßenbahnkassierer sind angewiesen worden, am 6., 7. und 8. Juni festzustellen, wie viel Personen an den verschiedenen Haltestellen mit einem „Besetz“ zurückgewiesen werden müssen, ferner sollen sie angeben, von welchen Punkten des Betriebes hauptsächlich die Nichtbeförderung der Passagiere erfolgt. Mit dieser Fählung verbunden wird eine Feststellung der Anzahl der die Wagen benutzenden Abkommenten. Diese werden für jede einzelne Tour ermittelt; daneben wird die Anzahl der fahrscheine lösenden Passagiere festgestellt. Auf Grund der bei diesen Erhebungen gemachten Erfahrungen soll eine Regelung des Straßenbahnbetriebes in der Weise erfolgen, daß dem Verkehr entsprechend zu den Hauptverkehrszeiten entweder in Zivilkapazitäten Doppelzüge von den Endstationen abgelaufen oder neue Einfahrten geschaffen werden.

Diese Statistik ist gewiß sehr nützlich. Unklar ist nur, wie die so schon stark geplagten Schaffner zu einigermaßen sicheren Resultaten kommen sollen.

Der Magistrat hat sich gestern mit den aus der Stadtverordneten-Versammlung gegebenen Anregungen, betreffs Vinderung der Wohnungsnot beschäftigt. Der Magistrat beschloß, eine Kommission von sieben Mitgliedern zu ernennen, welche mit geeigneten Vorgesetzten und Vorgesetzten wegen Gewährung von Beihilfen im Sinne des vorstehenden Antrags zu verhandeln und dem Magistrat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten hat.

Auf dem internationalen Feuerweh-Kongress hielt Feuerlösch-Inspektor Kramer von Merseburg einen Vortrag über die Heranziehung der Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften zu den Kosten für den Feuerlösch im allgemeinen. Er führte u. a. aus, daß besonders kleine, ärmere Gemeinden sehr oft in able Lage gebracht würden, wenn sie für die Hinterbliebenen von bei Bränden Verunglückten oder für bessere Feuerlösch-Einrichtungen zu sorgen hätten und daneben noch hohe Prämien für die Feuerversicherung zahlen müßten. Er schlug folgende Resolution vor: „Der Kongress hält die Einrichtung besonderer Kassen zur Unterstützung der Feuerwehverbände und Feuerlöschzwecke für geboten und die Heranziehung der Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften zu den Kosten für den Feuerlösch für notwendig.“ — Branddirektor Dittmann von Bremen sprach gegen diesen Antrag, während der Reichstags-Abgeordnete Franken mit größter Wärme und unter vielem Beifall für denselben eintrat. Nach längerer Debatte wurde der Antrag schließlich in folgender Fassung angenommen: „Der Kongress hält die Einrichtung von Feuerlöschkassen für notwendig und empfiehlt die Heranziehung der Privat-Feuerversicherung zu den Mitteln für die Kasse.“

Ueber die Feuerlöschbarkeit der Warenhäuser sprach der Branddirektor Ruffrat-Stettin, der für den Erlaß von generellen Bestimmungen für diese Häuser eintrat, jedoch konnten nicht alle Warenhäuser gleichmäßig unter diese Bestimmungen fallen, da die Bauart und die Einrichtungen sehr verschieden seien. In jedem Fall müssen aber bei dem Bau und der inneren Einrichtung solcher Häuser die zuständigen Leitungen der Feuerweh gebürt werden. — Branddirektor Stoly-Magdeburg trat ebenfalls für solche Bestimmungen ein, warnte aber vor generellen Anordnungen weitgehender Natur.

„Anarchisten-Bomben“ bilden zur Zeit den neuesten Scherzartikel im Berliner Straßenhandel. Die Polizei wacht jedoch scharf auf, daß dieser Artikel öffentlich nicht verkauft wird, da er lebensgefährlich wirkt. Zu jedem Spiel gehören zwei kleine Kugeln, die aus einer Quecksilber-Schwefelmasse bestehen. Die eine Kugel hält man in der Hand, die andre wirft man in die Höhe und fängt sie dann wieder auf. Sobald nun die Kugeln beim Auffangen gegen einander schlagen, giebt es einen starken, saubärschlichen Knall und das ist der beabsichtigte Effekt resp. „Scherz“. Häufig kommt es aber vor, daß die Kugeln explodieren und dann eine große Flamme hervorbricht. Wegen der damit verbundenen Gefährlichkeit wurden sie im vergangenen Sommer während der Ausstellung in Paris polizeilich beschlagnahmt und diesem Vorbilde schließt sich jetzt auch die Berliner Polizei an, indem sie den Verkauf dieses 10 Pf.-Scherzartikels inhibiert.

Zur Entlastung der Potsdamerstraße. Das Polizeipräsidium hat soeben die Anordnung getroffen, daß die Wagen der Straßenbahnlinie Saviagny-Potsdamer Thor-Wölflinger Bahnhof von der Layoustraße nicht mehr durch die Potsdamer Straße über den Potsdamer Platz und die Königgräzer Straße nach der Anhalterstraße, sondern weiter durch die Layoustraße, die Flottwellstraße, das Schöneberger Ufer, den Hasenplatz und die Schöneberger Straße geleitet werden. Die Anordnung tritt bereits am nächsten Montag, den 10. Juni, in Kraft. Die Verlegung einer bereits bestehenden Linie auf Anordnung der Landespolizeibehörde ist bisher in Berlin noch nicht vorgekommen.

Die Direktoren der in der Ruppiner- und Colmarter-Straße belegenen Gemeindeschulen haben an den Magistrat die Bitte gerichtet, daß statt des im Etat bei der vorgeschriebenen Umplasterung vorgesehenen Steinpflasters geräuschloses Pflaster zur Anwendung komme, damit der Unterricht durch das Straßengeräusch nicht gefährdet werde. Der Magistrat ist den Bitten entgegengekommen und hat beschlossen, die genannten Straßen mit Holz pflastern zu lassen, weil wegen der Setzungen ein Belag mit Asphalt nachteilig im Gefolge haben könnte.

Ueber die christliche Nächstenliebe in einem Krankenhaus bringt die „Tägliche Rundschau“ folgende löbliche Mitteilung: Das königliche Augusta-Hospital in der Schornhorststraße in Berlin hat nur adelige Schwestern, außerdem bezahlte Pflegerinnen, die den Schwestern zur Hilfe beigegeben sind und in zwei Jahren die Krankenpflege erlernen. Nun nimmt das Augusta-Hospital „Pensionärinnen“ auf, junge Mädchen, die für eine Pension von 150 Mark in einem vierteljährlichen Kursus unter Anleitung der Schwestern die Krankenpflege erlernen. Als Pensionärinnen werden nicht nur adelige, sondern auch bürgerliche Damen angenommen. Troydem Adelige und Bürgerliche gleiche Pension zahlen, nehmen die bürgerlichen Pensionärinnen eine den abligen untergeordnete Stellung ein. Sie werden mit ihren abligen Gefährtinnen gar nicht bekannt gemacht, so daß die letzteren von vornherein ihre bürgerlichen Genossinnen als unter ihnen stehend ansehen müssen. Nur die abligen Pensionärinnen nehmen an den Mahlzeiten der Oberin und der Schwestern teil, während die bürgerlichen Pensionärinnen mit den mehr oder minder ungebildeten Pflegerinnen zusammen speisen. Auch haben die abligen Pensionärinnen mit den Schwestern eine besondere Morgenandacht, während die bürgerlichen Pensionärinnen ihre Andacht mit den Pflegerinnen halten. Nach dem Abendbrot werden nur die abligen Pensionärinnen in den Kreis der Schwestern gezogen, den bürgerlichen Pensionärinnen bleibt es überlassen, die Geselligkeit der Pflegerinnen zu teilen, sofern sie es nicht vorziehen, ihr Zimmer aufzusuchen. Auch in Bezug auf Größe und Ausstattung des Zimmers werden die abligen Pensionärinnen bedeutend vor den bürgerlichen bevorzugt. — Wenn unter solchen Verhältnissen „bürgerliche“ Mädchen es mit ihrer Ehre vereinbar halten, sich derart behandeln zu lassen, so geschieht ihnen eben recht.

Schon wieder ein Leitungsdracht gerissen! Am Freitag-nachmittag 3 1/2 Uhr riß vor dem Hause Gertraudenstr. 18/14 der über dem östlichen Geleise liegende Arbeitsdracht, nachdem ein Motorwagen eben die schadhafte Stelle durchfahren hatte. Das Pferd eines Bierwagens erhielt durch Verdrängung mit dem herabfallenden Drahtende einen elektrischen Schlag und fiel zu Boden, erholte sich aber bald wieder, konnte aufstehen und seinen Weg fortsetzen. Die Feuerweh kam mit der mechanischen Leiter und sorgte dafür, daß weiter kein Unfall entstehen konnte. Dann kamen auch Angestellte der Straßenbahn mit dem Leertwagen, um den Schaden auszubessern. Der Verkehr wurde erheblich gestört, sonst aber ging es zum Glück gut ab.

Ein dritter Fall von Hirschschlag wird vom gestrigen Donnerstag gemeldet. Gegen 1 Uhr nachmittags wurde in der Weinmeisterstraße der Kaufmann K. vom Sonnenlicht befallen und brach auf dem Bürgersteig zusammen. Man brachte den Verunglückten in ein Haus, wo er sich bei Anwendung geeigneter Hilfsmittel nach längerer Zeit so weit erholte, daß er in einer Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden konnte.

Der Selbstmörder, der sich vorgestern vor den Augen zweier Kinder in der Hasenheide erschoss, ist noch nicht bestimmt festgestellt. In seinen Kleidertaschen fand man u. a. eine am 28. Juni 1900 zu Oberron ausgefertigte Dultungsurkunde, die auf einen am 26. Februar 1875 zu Brand im Kreise Freiberg geborenen Tapezierer Richard Raute lautet. Ob der Mann hier gewohnt hat, ist auch noch nicht ermittelt.

Durch zwei fremde Feuerwehrmänner ist gestern früh die 32 Jahre alte Ehefrau Paula des Restaurateurs Schnabel aus der Hofmannstr. 17 schwer zu Schaden gekommen. Die etwas beleidete Frau besuchte gestern abend Verwandte in der Schützenstraße. Als sie gegen 1 Uhr auf dem Heimweg in die Friedrichstraße einbog, kamen im schnellen Schritt von der Zimmerstraße her zwei fremde Feuerwehrleute und rannen sie um, so daß sie auf den Damm fiel. Während die Feuerwehrleute eiligt davonliefen, ohne sich um die Frau zu kümmern, wurde diese von einem Radomnibus überfahren. Sie zog sich außer Hautabwürfungen einen Bruch des rechten Beins zu und mußte mit einer Droschke der Unfallstation 18 in der Kronenstraße zugeführt werden. Von dort brachte ein Kopscher Rettungswagen die Verunglückte nach der Charité.

Mit dem Zweirad verunglückte gestern abend der Schriftsetzer Georg Herbst aus der Schönefelderstraße Nr. 36 zu Rixdorf. Auf dem Heimwege stürzte er auf dem Asphaltplaster der Oranienstraße und zog sich einen Oberarmbruch zu. Die nächste Unfallstation mußte ihn in ein Krankenhaus bringen.

Arbeiterstrisiko. Abgestürzt ist gestern nachmittags 6 Uhr vom Hause Kremmerstraße 2 der Dachbeder Otto Schmidt, der dort mit Reparaturen beschäftigt war. Der Verunglückte fielen nach wenigen Minuten. Die Leiche wurde dem Schauhaus angeführt.

Arbeiter-Bildungsschule. Wir machen nochmals auf den morgen stattfindenden Familien-Ausflug nach Solow-Girischgarten aufmerksam. Abfahrt 9:01 Uhr Alexanderpl. 9:10 Uhr Schlessischer Bahnhof, Treffpunkt Volkhof Sadova 9:30 Uhr. Für Rückzügler bis 5 Uhr Restaurant „Herdendacht“ bei Köpenick. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung hatte in ihrer letzten Sitzung zu der neuen Magistratsvorlage auf dauernde Befestigung einer erhöhten Mietentschädigung für die städtischen Lehrer und Lehrerinnen Stellung zu nehmen. Die Vorlage ist bereits im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Es handelte sich um die von der Regierung verlangte Abänderung eines Beschlusses vom 18. März, wonach die Erhöhung der Mietentschädigung nur eine vorübergehende sein sollte. Die Regierung sieht dies als geschehene an und die neue Vorlage will den Fehler bereinigen. Von den Sozialdemokraten sprach Conrad für die Vorlage und betonte, daß seine Parteifreunde schon im März für dauernde Befestigung der höheren Sätze eingetreten seien. Der Vorsitzende Sander wollte die höheren Sätze zwar bewilligen, aber nur für ein Jahr. Die Stadtv. Schmidt, Gröpler, Koch und Abraham billigten die Magistratsvorlage, die dann mit knapper Mehrheit angenommen wurde. — Die Magistratsvorlage betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 3.200.000 M. wurde genehmigt. Folgender Antrag des Magistrats wurde ebenfalls angenommen: Durch Ortstatut werden auf Grund des § 21 Abs. 4 der Städte-Ordnung die im § 20 Abs. 1, 2 und 4 festgesetzten Fristen wie folgt abgeändert: Die Veräußerung der Liste der stimmungsfähigen Bürger gemäß § 20 der Städte-Ordnung findet vom 1. bis 15. August statt. Die Auslegung der Liste gemäß § 20, Abs. 2 der Städte-Ordnung erfolgt vom 15. bis 30. August. Die Stadtverordneten-Versammlung hat über die Möglichkeit der Liste bis zum 15. September gemäß § 20 Abs. 4 der Städte-Ordnung zu beschließen. Dies Ortsstatut tritt mit dem Tag der Verkündung in Kraft.

Zur Vorberatung eines Nachtragsvertrags mit der Großen Berliner Straßenbahn wurde die Verkehrsdeputation veräußert. Von den Sozialdemokraten kam noch Conrad hinzu. Zur Veranstaltung von Ferienkolonien soll nach einem Antrag dem freiwilligen Erziehungsbeirat für die Jugend in Rixdorf eine Beihilfe von 2000 M. gewährt werden. Einen Antrag der Armendeputation, 2000 M. zur Einrichtung von Ferienkolonien in den Etat einzustellen, hatten bekanntlich Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat seiner Zeit abgelehnt, weil man es nicht für eine Aufgabe der Stadt erachtete. Ferienkolonien zu begründen. Stadtv. Schmidt will nur 500 Mark, Stadtv. Weiß 1000 M. bewilligen. Stadtv. Silberlein (Soz.) empfahl die Magistratsvorlage. Er betonte, daß die Stadt auf diesem Gebiete eigentlich selbständig vorgehen müßte. Nachdem dies

Köpenick, Schweizergarten.
Lindenstr. 4 - 15 Min. vom Bahnhof Sadowa oder Köpenick.
Reizender schattiger Garten für 3000 Personen. Beste Regelmäßigkeiten.
Kaffeeliche (Cir. 80 Pf.). Musikspannung für 40 Pferde.
Vollbesichtigungen aller Art. **Sonntags: Große Tanzmusik.**
17589* **Max Rehecht**, Fernsprecher: Amt Köpenick Nr. 132.

Zeige hiermit meinen Freunden und Vätern freundlich an, daß ich
Burgstr. 29, vis-a-vis Circus Busch, einen
Schultheiss-Ausschank
4/10 Liter 10 Pf. direkt vom Fass
eröffnet habe. Ich bemerke gleichzeitig, daß ich mir hier wie in meinem
echten Ausschank, Holzmarktstr. 72, an der Jannowbrücke, die größte
Nähe geben werde, meine werten Gäste in jeder Hinsicht zufrieden zu
stellen. Mit Achtung 17552*
Adolf Preuss, Gastwirt.

Charlottenburg-Westend.
Hoffmanns Volks-Garten.
Vorläufige Anzeige.
Sonntag, d. 9. u. 16. Juni: Theater u. Specialitäten.
Kass. Kaffee in der Sonntags-Anzeige. [17652] **C. Hoffmann.**

„Teufelssee“ In den **„Marienlust“**.
Wüggelbergen. **„Waldkater“**.
Inh.: **C. Streichhahn**, Besitzer des Kaiserhofs, Köpenick.
Empfehle beide Lokale mit großen Sälen und Gärten. Jedes circa
2000 Personen fassend, mit Dampferbrücken, Stallungen für 40 Pferde etc.

Waldkater, Birkenwerder, Waldkater.
Inh.: **M. Wegener.**
Empfehle mein großartig gelegenes Etablissement den geehrten Vereinen
und Gesellschaften bei Ausflügen zu gefälliger Benutzung.
Saal mit Orchester. 2 Regelmäßigkeiten. Getränke und Speisen in be-
kannter Güte. 15050*

Schloßpark Wilhelminenhof.
Jeden Sonntag **Gr. Konzert und Ball.**
Ein Saal auch Sonntags für Vereine zu vergeben. [13500*]

Köpnicker Gesellschaftshaus
Carl Seidel, Köpenick, Grünauerstraße 31.
Empfehle meine Lokalitäten mit großem Saal und Garten, Regelmäßigkeiten
und Kaffeeliche bei Ausflügen auf dem Wege nach Grünau. - Für gute
Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 15292*

Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.
Am Bahnhof Hirschgarten. Inh.: **W. Keller**, Gastwirt.
Empfehle den Vereinen und Gesellschaften einen schönen schattigen
Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Regelmäßigkeiten, Kaffeeliche.
Ausgezeichnete Biere u. Speisen zu jeder Tageszeit. Volksbelustigungen.
Auch zu erreichen Köpenick von Bahnhofstraße, Kaiser Wilhelmstraße,
Südenddammstraße (neue Straße nach Friedrichsh.) Radfahrer Pumpstation.

Lindenpark Friedrichsfelde.
Haltestelle der elektrischen Strassenbahn.
Von Spittelmarkt - Friedrichsfelde 10 Pf.
Familien können Kaffee kochen. [16800*] **A. Gesch.**

Achtung! Vereine. Achtung!
Restaurant zum Bodensee in Birkenwerder,
das größte Lokal an der Nordbahn, unmittelbar am Bahnhof und Fisch-
Ufer. Unterhalt für mehrere tausend Personen. Gastzimmer für kleine Gesell-
schaften. Sehr gute Küche. Wichtige Preise. Mehrere Säle.
Ausschank von echtem, Weiß- und Lagerbier.
Stallung für 100 Pferde. - Prachtvoller Garten.
Birkenwerder ist mit Fahrwerk in 2 Stunden, mit der Bahn in 40 Min. zu
erreichen. Den geehrten Vereinen, Vereinen, Gesellschaften bestens empfohlen.
Bei großen Korporationen stellt die Eisenbahndirektion bei vorheriger
Anmeldung Sonderzüge ein. 17292*
Besitzer **A. Ebel.**

Restaurant zum Fürsten Wolfgang.
22/23 Welsensdor Weg. **Lichtenberg.** Welsensdor Weg 22/23.
An der Räderstraße. An der Bundes. Chaussee.
Sommergarten. Regelmäßigkeiten. Kaffeeliche. See mit Gondeln.
Jeden Sonntag: Konzert. Ball.
Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Familien-Kaufkraft.
In zahlreichem Besuch ladet ein **Karl Hoch, Restaurateur.**

Es empfiehlt sein romantisch gelegenes Lokal zu Partys und
Ausflügen **Der alte Freund auf Fichelswerder.**
Große elektrische Tanzmusik jederzeit. Gesellschaften und Ver-
einen Brücken-Rückgang vergütet. [13532*]

Sonabend, den 8. Juni:
Große Dampfer-Mondscheinfahrt
mit Musik und elektrischer Beleuch-
tung verbunden mit „Italienischer
Nacht“ nach Schmöckwitz,
Scholandts Gesellschaftshaus.
Abfahrt: 9 1/2 Uhr abends von der Stralauer-Brücke 5, an der Wallenbrücke.
Rückfahrt: 4 Uhr morgens. [17512*]
Preis für Hin- und Rückfahrt 50 Pf. pro Person.
Billetverkauf bei **Karl Krause, Wienerstraße 37,** sowie an
Bord des Dampfers.

Sonntag, den 9. Juni er.:
Extrafahrt nach Hankelsablage.
Abfahrt normittags 10 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 1 Mk. Kinder die
Halbte. Abfahrt von der **Stralauerbrücke 5** an der Wallenbrücke.
Dampfer sind an Vereine und Gesellschaften noch billig zu vermieten.
Joh. Schulze, Fischerbrücke 17.
T. A. I. 2869.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Weissensee.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Formulare zur Urabstimmung
über Einführung des wöchentlichen Extrabeitrags von 10 Pf. zum Streifenlohn
bei folgenden Kollegen abzuholen, respektive bis zum 13. Juni abzuliefern sind:
Berkehrslot Hermann Kühne, Köpenick, 20; beim Bevollmächtigten
Max Schröder, Distoriusstr. 9 portiere, und beim Kassierer **Albert**
Kirchner, Langhausstr. 152 III. 106/8
Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.
Sontag, abends 8 1/2 Uhr, in Weissensee, Köpenick, 20, und
Montag, den 10., abends 8 1/2 Uhr, Räderstr. 123:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Nitschke über: „Voll- und Zentralorganisation“.
2. Diskussion. 3. Bericht über den Stand der Dampferbewegung zum
30. Juni nach Hefenwinkel am Damerhölzchen. 146/15
4. Stehe die Bekanntmachungen heute abend in den Zahlstellen.
Der Vorstand.

Segler-Schloß Hankels Ablage,
Sohnation Reuthe, Götter Bahn.
Sehr schön gelegen an Wald und Wasser. - Den Vereinen und Ge-
sellschaften sehr zu empfehlen. [16322*] Besitzer **W. Heinrich.**
Juli und August einige Sonnabende und Sonntage noch frei.

Welt-Restaurant Hirschgarten,
anerkannt größtes und schönstes Etablissement, über 2000 Personen fassend,
den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur gefälligen Benutzung an-
gelegentlich empfohlen. 17490*
Jeden Sonntag und **Großer Ball.**
Mittwoch: **Richard Walter.**
Telephon: Amt Köpenick Nr. 36.

Löwenkopf - Seifenpulver - Fabrik
Cito Wexler, Heilbronn. 13950*
Ist ein ebenso vorzügliches wie bequemes Waschwittel, käuflich
überall. Vertreter für Berlin **Eduard Neumann, Danzigerstr. 68.**

Bettfedern Pfd. von 45 Pf. an. **Echt**
chin. Mandarinen-
dannen, Pfd. 1.90. Fabriklager
Landsberger-Allee 37. I.
Kufekes
BESTE NAHRUNG FÜR
gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl.

Vorsicht - Radfahrer!
Wägen Sie beim Einkauf von Pneumatikreifen darauf, daß
Ihnen nicht garantierlose Ware verkauft wird.
Sie schützen sich
am besten, wenn Sie
KONKURRENZ-PNEUMATIK
kaufen, denn dafür wird volle Garantie geleistet.
Einzelpreise: 1 Mantel mit voller Garantie 7.50 Mark
1 Schlauch 3.75
Gummilösung in Tuben - 15 Ctm. lang 0.20 Pf.
Sämtliches Reparaturmaterial sehr billig.
Preisliste verbunden mit Angabe der verbodenen Straßen
und Pläge Berlin gratis und kostenlos. 17532*
„ADLER“ Gummi- und Guttapercha-
waren-Industrie,
Cranienstraße Nr. 117.

Köpenick, Linden-
Restaurant Paul Harsch.
Empfehle den Vereinen und Ge-
sellschaften mein Weiß- u. Bayerisch-
Bier-Lokal. Gute Speisen zu jeder
Tageszeit. 17592*

A. Silpekohis Restaurant
Köpenick, Schönauerstr. 5.
Arbeiter - Verkehrslot. Für gute
Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Strand-Restaurant am
Wüggelsee
zwischen Wüggelsee u. Audischdamm.
Empfehle Fabriken, Vereinen und
Korporationen für Sommerausflügen
u. Ausflüge mein großartig gelegenes
Lokal. Saal für ca. 3000 Personen,
Gassen, genügende Nebenräume. Be-
lustrigungen aller Art. Constante Preise.
12632* **A. Degebrot,**
„Strandlosh“, Köpenick.
30 Mark elegante Herren-
Anzüge nach Mass. 30 Mark
hochfeine Sommer-Paletots
nach Mass.
Für 10 Mark hohelegante Bein-
kleider nach Mass,
guter Stoff, tadelloser Sitz!
14 Krausen-Strasse 14,
1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Familien-Restaurant.
Garten-Lokal.
Verenszimmer
empfehle 17632*
P. Bauer, Stalhoferstr. 102.

Beerdigungs-Verein
Berliner Zimmerleute.
Am 5. d. M. sind nach längerem
Verhandeln im Alter von 52 Jahren unser
Mitglied, der Zimmerer Herr
August Herrmann.
Die Beerdigung findet Sonnabend,
den 8. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle des Markus-Fried-
hofes in Wilhelmsherg aus statt. Um
zahlreiche Beteiligung ersucht
17416 Der Vorstand.

Verein der Zimmerer
Berlins u. Umgegend.
Codes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser langjähriges Mitglied, der
Kamerad
August Herrmann
am Mittwoch, 5. Juni, verstorben ist.
Seine letzten Andenken!
Die Beerdigung findet am 8. Juni,
nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle
in Wilhelmsherg aus statt.
257/11 Der Vorstand.

Unterstützungs-Verein
der
Kupferschmiede.
Mittale Berlin.
Allen Kollegen zur Nachricht, daß
unser langjähriges Mitglied
Gustav Knoch
am Mittwoch, 5. Juni, verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute nach-
mittags 2 Uhr von der Leichenhalle
des Kaiser-Richhofs in Welsend,
Friedenbrunnener Weg, aus statt.
Der Vorstand.

Mit zu werden - ohne Beschwerden,
Rann mit „Wurm“ ein jeder werden.
Berlangen Sie gest. ausdrück-
lich **Wurms Hagendoktor!**

Jeder Arbeiter
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen.
Kleiner Verkauf. Sehr starke Ware in
praktischen grauen u. braunen Streifen.
Dinten u. vom am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Riefenlöcher u. Rapp-
nähte. Beste Leder - Pilot - Taschen,
Große Rücken umsonst. Die Sole
bei Aufnahme von 4 Mk. 50

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chaussee 24, 25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 17. Jubiläum-Preisliste 1901 über
gesamte Herren- u. Knaben-Bekleidung
(Kaufage 1 Million) wird kostenlos und
postfrei angefangt.
Verkauf von 20 Pf. an franco. -
Bei Bestellung genügt Angabe der
Brust u. Bundweite u. Schrittlänge.
Obige Preise gelten für normale
Größen. 12962*

Sommerpreise.
Prima Zeustenberger Bräuweiss
16tr. 6 Zoll lg., ca. 150 St. nur 85 Pf.
115
Obersteleische Eisenlöcher Ruß II
Cir. 1.10, Scheffel nur 90 Pf. verkauft
ab Platz Fischer, Brombergerstr. 14

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an
Knabenhüte „0,75“
Bestes Lager in Strohhüten
von den einfachsten bis zu den feinsten Genres.
Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Mähen. Kravatten. 17072*
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
Ecke Stalhoferstraße.

Jos. Gremmers Wwe.
Landshut Bayern.
Erste und älteste
Brasiltabak-Fabrik.
Brasilschnupftabak per Pfund Mk. 1.70 und
Mk. 1.50. Von 6 Pfd. an franco.
Staniol-Pakete zum 10 Pf. u. 5 Pf.-Verkauf.
Beste und vorteilhafteste Bezugsquelle. [142/10*]

Restaurant Pferdebuch bei Köpenick.
Empfehle mein allbekanntes, in herrlichem Landwalde gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und
Gesellschaften und Landpartien.
Sommer-Wohnungen mit und ohne Pension. Großartige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze
5000 Sitzplätze. Musikspannung für 80 Pferde. Gute und berühmte Küche.
Es ladet zum Besuch freundlich ein
Wilhelm Brüsewitz, Besitzer.

Begründung des Geschäfts 1878.
M. Schulmeister
- en gros Schneidermeister en detail 12332*
Dresdenerstraße 4, am Rottbuser Thor.
Frühjahrs- und Sommer-Paletots von Mk. 13,50 an
Jackett-Anzüge . . . von Mk. 15 an | Radfahrer-Anzüge von Mk. 11 an
Rock-Anzüge 23 | Jünglings-Anzüge . . . 12
Cachemir- und Fästre-Jacketts von Mk. 2,- an
Wasch-Anzüge und Blusen für Knaben von Mk. 1,- an
Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen
werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.
Streng feste Preise.

Denkbar grösste Auswahl.
Feinste Mass-Anfertigung.
Zur Reise
aus den beliebtesten gestreiften Cheviots, schwarz mit weiss, blau mit weiss und blau mit
hellblau gestreift, äusserst chic 20,-, 25,-, 30,- und 35,- Mk.
aus Sommer-Kammgarn, hell-, mittel- oder dunkelgrün, Reise-Anzüge aus melierten
sehr elegant, 25,-, 30,-, 35,- und 40,- Mk.
Stoffen, solide u. dauerhaft, 15,-, 17,50, in grauen Melangon, äusserst elegant,
20,-, 22,50, 25,- und 30,- Mk.
Gehrock-Anzüge 30,-, 36,-, 42,- und 48,- Mk.
Carl Stier, Fabrik für Herren- und 17132*
Berlin, Oranienstrasse 163. Potsdam, Brandenburgerstrasse 23.
Knaben-Garderobe.
tadelloser Sitz. - Beste Verarbeitung.

Conrad Tack & Cie. Burg bei Magdeburg

Deutschlands grösste und leistungsfähigste Schuhwaaren-Fabriken.

Central-Bureau: BERLIN S., Neue Jacobstr. 5.

Damen-Schuhe.



Hauspantoffel
38 Pf.

Segeltuch-Schuh
mit Ledersohle und Absatz
1,20 Mk.

Lasting Promenadenschuh
m. Gummling auf d. Spann, bequem.
leichter Schuh für
Strasse und Haus 1,25 Mk.

Leichter Gemäleder-Schuh
mit Lederfutter, f. Strasse u. Haus
2,60 Mk.

Unsere sämtlichen Erzeugnisse sind anerkannt
von hervorragendster Haltbarkeit und Passform.

Farbiges Schuhwerk für Damen, Herren und Kinder in den modernsten Farben und in reichhaltigster Auswahl.

69 Filialen im Deutschen Reiche unter eigener Firma.
Davon 14 in Berlin.

Andreasstrasse 50
Beusselstrasse 29
Danzigerstr. 1, Ecke Schön-
hauser Allee

Friedrichstrasse 240-41
Gr. Frankfurterstrasse 139
Müllerstrasse 3

Oranienstrasse 65
Potsdamerstrasse 50
Rosenthalerstrasse 14

Spittelmarkt 14
Thurmstrasse 87
Wilsnackerstrasse 22

RIXDORF: Bergstr. 30-31. ♦ CHARLOTTENBURG: Wilmersdorfer Strasse 122.

Echt Good year Welt-Schuhe und Stiefel, nur eigenes Fabrikat. Das anerkannt beste Schuhzeug der Gegenwart.

Gleiche Preise in allen unseren Geschäften. Preise streng fest. Auf jeder Sohle gestempelt.

Kinder-Schuhzeug.



Dauerhafter Mädchen-Knopf-
Stiefel 3,50 Mk. Grösse 27/28

Mädchen- u. Knaben- Segel-
tuch-Schuh mit Gummisohle
für Sport und Strand
1,65 Mk. Grösse 9/10

Kinder-Jahres-Schuh
(Bronceleder)
35 Pf.

Derb. Knaben-Agraffen-Stiefel
3,90 Mk. Grösse 27/28

Wir bitten genau auf unsere Firma

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg zu achten.

Damen-Stiefel

nur eigenes Fabrikat.



Praktischer
Strand- u. Promenaden-Schuh
2,60 Mk.



Lasting Zugstiefel
mit Lockspitze u. Ballenleder
angenehm für den Sommer.
3,50 Mk.



Leder-Schnür-Stiefel
bequem - solide
4,50 Mk.



Leder-Knopf-Stiefel
elegant - dauerhaft
5 Mk.

Herren-Stiefel

nur eigenes Fabrikat.



Praktischer
Strand- und Promenaden-Schuh
3,50 Mk.



Leder-Zug-Stiefel mit Besatz
bequem dauerhafter Strassenstiefel
4,50 Mk.



Sandale
vorzüglich für Meilen Sport
4,50 Mk.



Leder-Schnallen-Stiefel
bequemster Stiefel der Jetztzeit
9,50 Mk.



M. & W. Müllers Nordlicht,

ganz alter feiner, vorzüglich schmeckender Getreide-Korn a Originalliterl. 1 Mk.

M. & W. Müllers Nordlicht-Magen-Wein, feinste, mild schmeckende, gesundheitsdienliche Mischung a Originalfl. 1,25 Mk.

Zu haben in allen Destillations-, Delikatessen- und Kolonialwaren-Geschäften.

M. & W. Müller, Buckowerstr. 7

(früher Waldemarstrasse 29).
Einzige Kornbrennereibrennerei, Spirit- und Presshefe-Fabrik
Berlins, in der täglich bis zu 240 Centner Getreide zu
Trinkbrautwein verarbeitet werden. 1761L
Prämiiert mit goldenen Medaillen u. Auszeichnungen.



August Achilles.

August Achilles

16 Gr. Frankfurterstrasse 16
bis-ovis dem Strand-Theater.

Früher 7 Jahre bei Baer Sohn thätig.

Herren- u. Knabenbekleidung

Sport- und Berufsbeleidung.

verbunden mit eleganter Maß-Anfertigung.

Geschäftsprinzip: Streng reelle Bedienung. Sehr billige, streng feste Preise.

Jedes Wort 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Bouthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Exhibition mit schönem Vorgarten verkauft Lehmann, Schulstr. 12. [690K*]
Gartenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 745*
Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verandahaus Germania, Unter den Linden 21 II
Cassafunden können bessere Herrengarderobe nach Maß vom Specialgeschäft sehr preiswert erwerben. Offerten unter „Saisonchluss“ Postamt 110 erbeten. 17066*
Kinderbettchen spottbillig Andradstr. 23. [552K*]
Kinderwagen. Sportwagen, Wiesensattel, Bazar Baby, Jmaidenstr. 100, Frankfurterstr. 115, Oranienstr. 81, Belle-Alliancestr. 107, Reinickendorferstr. 24, e. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 82, 55. Teilzahlung gestattet. 647K*
Wohnung, Rohlfahrer! Wer sich ein gutes, billiges Fahrrad kaufen will, werde sich an die Berliner Einkaufs-Gesellschaft, Warndorferstr. 10
Halbrenner (erschaffen) sofort jeden Preis Zauber, Bernauerstr. 21, I
Fahrräder! Teilsahlungen, Riesenwahl, Halbrenner, Tourenfahrer, Damenräder, Bedrante 35 Mark an. Werkstatt, Reparaturen (sachgemäß) preiswert. Fahrräder werden verkleidet. Multiplex-Industrie, Alexandrinerstr. 55, Friedrichstr. 24, 636K*
Kinderstühle spottbillig Andradstr. 23. [552K*]
Kanarienhäuser, Vorläufer, Anner, Dohle und Stingerlöcher. Köpferstr. 154a, IV. 15276

Destillation, Refouration, große Sohle verkauft billig wegen Grundstücksübernahme. 1400 Postamt 20.
Fahrradzubehör! Ankerordentlich preiswert. Alexanderstr. 55, Stahlstr. 115, 882K*
Teppiche mit Gardenseiten, Halbfederlatten Große Frankfurterstr. 9, parterre. 745*
Nähmaschinen und Feuer-Vericherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstr. 43, Hof Keller. 8570
Gaslöcher! Sparsysteme! 1,50, Zweifachlöcher 8,- Dreifachlöcher 10,- Gas-Pistolen, Bügelapparate billig, Gas-Bratöfen 12,- Wodlober Wollnertheaterstr. 32. 17099
Laubebau! Gedrängtes und neues Kahlholz, Bretter, Latten, Leisten, Läden, Fenster, Dachsparre, Feer, billig. Kotlauer Damm 22.
Kinderernährmittel, feid frisch offeriert zur Zeit des Brechens, 11, in Apotheken, Drogerie, Paul Berner, Rixdorf, Keller Friedrichstr. 242, beim Hermannplatz. 16460
Halbrenner, wie neu, 85, Edel, Reichardtstr. 8. 17388
Fahrräder! Velohaus Seydastr. 20 verkauft augenblicklich tolle Auswahl verfallener Fahrräder 40,00 an. 17386
Gebrauchte Wirtschaft umhänge halber billig zu verkaufen. Barock, Gehrenstr. 16, Quergebäude I. Verkaufung Sonntagvormittag.
Verkaufe den Rest guter Gebrauchsgegenstände vom Rain, Charlottenburger-Weiler (an der Nord-Weide), Genner 2 Mark, 10 Pfund 20 Pfund.
Reise und blaue Arbeitsanzüge, Hemden, Hülsen, Regenkleider, einzelne Dosen, außergewöhnlich billige Preise, verkauft Reherhandlung Hange, Roadit, Turmstr. 84. 67/17*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Preisung sofort, Sandbergstr. 82.
Stoppdecken billig Habut Große Frankfurterstr. 9, parterre. 745*
Spottbillig, Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Remontierwagen verkauft Velohaus, Reichenstr. 6. 67/18*
Reit, neues, billig verkauft Wienerstr. 16, Quergebäude III links. 1731b
Klempner! mit größeren Arbeiten versehen, für 800 Mark zu verkaufen. Diele in im weiten Umkreise ohne Konkurrenz, hat neue Maschinen und Werkzeuge. (Geben) Offerten unter M. G. 800 postlagernd Bahringhof bei Landsberg zu richten. 17400
Fahrräder, verfallen, sind im Frödenberg, Velohaus, Neue Schönhauserstr. 11, in Kleinenwahl bei auffallend billigen Preisen feid auf Lager. Dürstrop-Landau, Damenräder, numberbare Gremplere, Rennräder, Halbrenner, Tourenräder, nur feinste Qualitäten. 97/15

Vermischte Anzeigen.

Fransösisch (billig) Breiterstr. 6.
Englisch (billig) Breiterstr. 6.
Schriftliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtsakten, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billig Franz Wildhagen, Christenburgerstr. 32, Quergebäude III.
Potenzianer Dammann, Oranienstr. 57, Montiplo, Gründern kostenloser Rat abends bis neun.
Anschlüssen, Inventarlisten, Reklamationen fertigt Schanze, Bergmannstr. 107. 10809*

Damen und Herren Klavier, Violinunterricht, Methode Oskar Breuninger (neue Ausgaben), Lehrbuch kürzester Verweil, Erfolg in 12 Stunden, bisher unerreicht günstige pädagogische Vermögenskraft der Neuzelt. Rezitat mit anderen Methoden nicht in einem Jahr zu erreichen. Monats-honorar 10,00, Konservatorium Oranienstr. 118, sonst nirgendwo. 17045*
Rechtsbureau, Rechtsfälle, Rat-erteilung Andradstr. 21, parterre links. [1082b]
Kunstkopiererei von Frau Kokosky Steinwegstr. 48.
Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterstoffen, 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59 III. Namen beachten.
Tamenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Reinhold Fährerei, Andradstr. 78 parterre, Eisenbahnstr. 18
Buchbinder Arbeit jeder Art fertig in 24 Stunden, Reinert, W. Willowstr. 55, 2. Hof parterre. 2387b
Wernand Heiligt und Garten-Schwabacherstr. 23, Sonnabend an Vereine zu vergeben. 749*
Saal und Vereinszimmer empfehl. Jannisch, Inselstr. 10. [700K*]
Vereinszimmer mit Piano Reumannstr. 86, Jannich. [717R*]
Achtung! Welche keiner Korporation an, habe aber die Lohnforderung bewilligt. Otto Friedrichs, Barbier, Langestr. 41. 1734b
Wernerlegions, Brodhaus, Drehu, Gedächtniswerte und alle anderen Bücher beliebt und kostl. Danneberg, Rochstr. 56 I, Amt 4a 6944. 7188*
Vereinszimmer mit Piano empfehl. G. Ding, Blumenstr. 30a.
Die Befriedigung gegen Herrn Heinrich Hertwig und Frau nehme ich zurück. Rudolf Schaper. 1742b

Vermietungen.

Fabrikräume, Doppellicht, große, kleine und mittlere, unter günstigen Bedingungen zu vermieten. S. Simon, Michaelstr. 1. 7099*
Schlafstellen.
Schlafstelle, separat Herr. Brinzenstr. 89, Hof links IV. Frau Schläger. 17336
Genosse findet möblierte Schlafstelle (separat), Wendenburg, Reichensbergerstr. 164, Hof parterre. 71
Tamenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Reinhold Fährerei, Andradstr. 78 parterre, Eisenbahnstr. 18
Buchbinder Arbeit jeder Art fertig in 24 Stunden, Reinert, W. Willowstr. 55, 2. Hof parterre. 2387b
Wernand Heiligt und Garten-Schwabacherstr. 23, Sonnabend an Vereine zu vergeben. 749*
Saal und Vereinszimmer empfehl. Jannisch, Inselstr. 10. [700K*]
Vereinszimmer mit Piano Reumannstr. 86, Jannich. [717R*]
Achtung! Welche keiner Korporation an, habe aber die Lohnforderung bewilligt. Otto Friedrichs, Barbier, Langestr. 41. 1734b
Wernerlegions, Brodhaus, Drehu, Gedächtniswerte und alle anderen Bücher beliebt und kostl. Danneberg, Rochstr. 56 I, Amt 4a 6944. 7188*
Vereinszimmer mit Piano empfehl. G. Ding, Blumenstr. 30a.
Die Befriedigung gegen Herrn Heinrich Hertwig und Frau nehme ich zurück. Rudolf Schaper. 1742b

Korbmacher auf Roharbeit und Obdörbe verlangt. Robert Schmidt u. Co., Köpenickerstr. 64. 1717b
Arbeiter verlangt Barisch, Sandbergstr. 114. 1737b
Kartonschneiderei, geübt, verlangt Andradstr. 21, parterre links. [1725b]
Geübte Kammerl auf Jodettl finden das ganze Jahr hindurch bei mir Beschäftigung. Preise 1,50 bis 2,00 Mark. Engros-Werkstatt Köpenickerstr. 88. 1651b
Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile
Schreibfedern Fabrik im Ausland sucht einen tüchtigen Arbeiter, der das Ausschneiden, Lochen und Seitenschneiden vollkommen versteht. Offerte mit Angabe der Lohnansprüche und bisheriger Verwendung unter T. 6 an die Exped. d. Bl. [1727b]
Lohnende Beschäftigung finden Redactoren bei volkswirtschaftlicher Zeitschrift, Offerten unter F. V. J. 827 Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.
Achtung! Holzarbeiter. In der Köpenicker Fabrik von Roda u. Rinne, Schulstr. 21, haben sämtliche Tischler wegen Abganges die Arbeit niedergelegt. Bezug ist fernzuhalten. 8128
Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbands.